

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Verlag“

Abend-Casse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertraut

„Tagblatt-Verlag“ Nr. 6650-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. M. 5.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausländische Postämter. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zentraldruck-Veranstaltung, sowie die Kaufhäuser in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Kaufhäuser und in den benachbarten Städten und im Abgang die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 25 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 30 Pfg. in davon abweichender Spaltenform, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 50 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für lokale Reklamen; 2 Mk. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unerschütterlicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen erheblicher Rabatt.

Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr mittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinckestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Zagen und Plätzen wird kein Gebühr übernommen.

Mittwoch, 29. April 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 197. • 62. Jahrgang.

## Parlamentsnöte, Diätengesetzreform und dergleichen.

Von Dr. Müller-Meinungen-Post, Mitglied des Reichstags und des bayerischen Landtags.

Weder im Reiche noch in den großen Bundesstaaten will es mit der Parlamentsarbeit vorwärtsgehen. Die Arbeit in den größeren Bundesstaaten mit zweijährigen Etatsperioden, wie in Bayern, wird in Zukunft nur durch Trennung von Etats- und Gesetzessessionen, in Wirklichkeit also einjährigen Arbeitsperioden, bewältigt werden. Was aber macht der Reichstag, der ebenfalls seinen Etat bis 1. April nicht mehr zu bewältigen vermag? Bei ihm spricht als stärkste Entschuldigung die geradezu riesige natürliche Stoffanhäufung. Wir brauchen z. B. nur an die Ausdehnung unserer Kolonialdebatten zu erinnern. Freilich sind auch schlechte Sitten mit daran schuld. In erster Linie der Regierung! In zweiter Linie erst, und wohl entschuldbar, der Budgetkommission des Reichstags, die allzu breit und gründlich berät.

Jedenfalls bedurfte es des ungehörigen, schulmeisterlichen Tones der „Nordd. Allg. Ztg.“ absolut nicht! Wenn das Kanzler-Organ den beliebten lehrhaften Ton anschlagen will, dann soll es, da die Regierung fast ohne Fühlung mit dem Reichstag dispositionlos diesen mit Gelebesentwürfen überschüttet, bei ihr und dem verehrten Bundesrate mit der Kritik beginnen.

Jetzt soll der Rest des Etats, und zwar der allerwichtigste Teil (Militäretat, Aukeres und Reichskanzleretat) wieder bis spätestens Pfingsten in Eile durchberaten werden. Die Regierung stellt sich, als wenn sie außerdem an die Erledigung einer großen Anzahl von Gesetzen, die sie bis heute noch nicht einmal eingebracht hat (!), glaubt.

Wir sehen, daß viele Umstände zu den unerquicklichen jetzigen Verhältnissen des Reichstags beitragen. Man muß in diesem Zusammenhang aber auch auf einige Bestimmungen unseres sehr mangelhaften Diätengesetzes hinweisen, die neben der Planlosigkeit und Rücksichtslosigkeit der Regierung und dem Mangel an Beschränkung, vor allem in den Beratungen der Budgetkommission, die Misere — die übrigens, wie die französischen und englischen Verhältnisse zeigen, internationalen Charakter zu besitzen scheinen — verschulden.

Als man im Jahre 1906 einem alten Wunsche des Reichstags folgend das Diätengesetz annahm, geschah es aus zwei Gründen: die Diäten sollten den Wählern der Kandidaten größeren Spielraum gewähren, sie sollten zweitens die dauernde Arbeitsfähigkeit des Reichstags selbst garantieren. Der Zweck wurde natürlich erreicht. Zur Erreichung dieses Zieles hatte man zwei Systeme zur Auswahl, die Zahlung von täglichen Anwesenheitsgeldern oder die Zahlung eines Pauschale mit Abzügen für die Abwesenheit. Man hat in Deutschland die zweite Art gewählt, sie aber in einer außerordentlich unglücklichen Weise ausgeführt, indem man eine jährliche Aufwandsentschädigung von 3000 Mark so verteilte, daß am 1. Dezember 300 M., am 1. Januar 300 M., am 1. Februar 400 M., am 1. März 500 M., am 1. April 600 M. und am Tage der Schließung oder Sommervertagung 1000 M. ausgezahlt wurden. Abzüge von 20 M. pro Tag treffen den Abgeordneten, der sich nicht in die Prüfungslisten eingetragen oder eine namentliche Abstimmung versäumt hat. Diese formalistische Bestimmung schafft eine Fülle der lächerlichsten Erscheinungen, auf die an anderer Stelle besonders eingegangen werden soll.

Die Folgen jener raffinierten, dem Fernstehenden unsinnig erscheinenden Art der Ratenszahlung ist, daß man im November vor dem 20. des Monats schwer ein beschlußfähiges Haus zusammenbringt, und im Mai, d. h. am Schlusse der Session, eine unwillkürliche Art des Durchweichtens eintritt, die außerordentlich schädlich für das Parlament und seine Arbeitsleistung sein muß, zumal wenn wie heuer sich für die Schluszeit die wichtigsten Beratungen zusammendrängen. Der Abgeordnete Ledebour hat nicht unrecht, wenn er in einem Artikel kürzlich aussprach, daß „der Drang, die Sitzungsperiode abzuschließen, sich gewissermaßen im Quadrat der Entfernung vom 1. April ab steigert und gegen Ende Mai Siedehitze erreicht“. Damit kann nicht einmal ein Tadel gegen den einzelnen Abgeordneten ausgesprochen werden, an dessen Arbeitskraft vor allem infolge der Rücksichtslosigkeit des Bundesrates — man denke nur an die Beratung der letzten Militärvorlage — die stärksten Anforderungen gestellt werden, die auf die Dauer einen Raubbau an den Nerven der sogenannten „Arbeitsbienen“ bedeuten.

Vom theoretischen Standpunkt aus sind Tagelöhner, d. h. Aufwandsentschädigung für jeden Sitzungstag, unabweisbar viel

richtiger als das jetzige Pauschale mit seinen sonderbaren Abzügen, bei denen ein Präsident, der seine Pflicht bis zum Äußersten erfüllt, für die Tage seiner Amtsführung diätenlos ausgehen kann, während ein ewiger Schwänzer noch bei den letzten Ratenszahlungen Erledigtes „herausbekommt“. Freilich auch die Tagelöhner enthalten eine schwere Gefahr: die abermalige Verlängerung der an sich viel zu langen Sessionen ist der Ruin des ganzen Parlamentarismus. Sessionen wie im Vorjahre von 8 bis 9 Monaten sind qualvoll für Reichstag wie Bundesrat und rächen sich im darauffolgenden Jahre bitter.

Mit der Länge der Sessionen wächst aber auch die Zahl der Berufspolitiker aus natürlichen Gründen, was absolut nicht zum Segen des Parlamentarismus gereicht. Es müßte also wohl auch bei der Zahlung von Tagelöhnern eine Norm gegen die faktische Permanenz-Erklärung des Parlaments, in der ich eine große Gefahr für das Interesse der Nation an den Arbeiten des Parlaments erblicke, gefunden werden.

Ich bin mir wohl bewußt, daß alle solche Reformvorschlüsse für die Abwicklung der Geschäfte nicht viel nützen, wenn sie nicht alle von dem gemeinsamen Wunsche aller Parteien getragen werden. Selbst zu sich zu üben, um die Beratungen nicht ulerlos werden zu lassen. Am besten wäre es meines Erachtens, die Zeit vom 15. November bis 15. Mai als offizielle Parlamentszeit anzusehen, die nur in dringenden Fällen überschritten werden soll. Danach würde sich von selbst eine gleichmäßige Verteilung der Pauschalbeträge, wenn man diese nicht aufgeben will, ergeben. Sache der Vereinbarung zu Beginn der Session wäre es, zwischen den Parteien des Reichstags und der Regierung einen Arbeitsplan festzustellen: der Seniorenkonvent wäre der Vertreter des Plenums. Freilich müßte seinen Abmachungen mehr Gewicht beigelegt werden als jetzt. Die Einwendung, daß dies unmöglich ist, da man nicht wisse, was im Laufe der Session an Vorlagen käme, ist nur eine scheinbare. In Wirklichkeit weiß im November die Regierung genau, oder sollte es wenigstens und könnte es, was sie im Laufe des Winters vorlegt. Nur bei solcher gleichzeitigen Vorlegung des Etats und Aufstellung eines die Parteien verpflichtenden Arbeitsplanes, bei dem man für Unvorhergesehenes genügend viel Verhandlungstage vorsehen kann, könnte der Etat bis 1. April fertiggestellt und eine Überbelegung der letzten und wichtigsten Etatsabschnitte dauernd vermieden werden. Im ersten Jahre werden sich sicherlich noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben, die Länge der Ferien an Weihnachten und Ostern wird das nötige Regulierungselement für Nichterhaltung des Arbeitsplanes geben, — aber nur die Aufstellung eines solchen am Anfang der Arbeiten der Session oder des Sessionsabschnittes vereinbarten Geschäftsplanes kann meines Erachtens eine dauernde Besserung der Verhältnisse bringen. Ich bin nicht Optimist genug und gehöre dem „hohen Hause“ zu lange an, als daß ich glauben würde, daß solche Reformen von heute auf morgen auf dem konservativen Boden — auch des „roten Reichstags“ — sich durchsetzen werden. Die „Parlamentarische Bureaukratie“, die alles mit überlegenem Lächeln abtun, weil es niemals anders war, sind so schlimm als irgendwelche andere Bureaukraten. Aber der Zwang und die Sorge, daß das Ansehen des Parlaments durch die jetzigen Verhältnisse dauernden Schaden nehmen, werden auch hier zuletzt siegen.

## Politische Übersicht.

### Zum 70. Geburtstag des Großadmirals von Koeffer.

Die „Mitteilungen des Deutschen Flottenvereins“ schreiben: Unter den Männern, mit deren Hilfe Kaiser Wilhelm II. die deutsche Flotte geschaffen hat, sind es vor allem zwei, deren Namen im Gedächtnis des Volkes für immer mit dieser Großtat verknüpft bleiben werden. War der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, der Schöpfer des Flottengesetzes und Organisator der modernen deutschen Kriegsmarine, so fiel Großadmiral von Koeffer zuerst die nicht weniger bedeutende Aufgabe zu, dem schwimmenden Kampfmittel die Seele einzuhängen und sie zur gefährlichsten Schutz- und Trutzwaffe in der Hand des Kaisers zu gestalten. Am 29. April, seinem 70. Geburtstag, gedenken darum nicht nur die Flotte, in der sein Geist noch weiter lebt, sondern weite Kreise des deutschen Volkes in Dankbarkeit der hohen Verdienste, die er sich als „Vehrmaster der Flotte“ um Kaiser und Reich erworben hat. Ganz besonderen Anlaß aber haben hierzu die Hunderttausende der Gefolgsmänner des Deutschen Flottenvereins, dem er in kritischer Stunde ein starker und geschickter Führer wurde, denn es ist ihm nicht nur gelungen, die auseinandergehenden Bestrebungen unter seinen Mitgliedern wieder zu einem einzigen machtvollen Strom zu vereinigen,

sondern auch seiner Ausbreitung einen neuen Impuls zu geben. So zählt dieser Volksverein zur Stunde mehr als 334 000 Einzelmitglieder, die in 3845 Ortsgruppen und 53 Hauptausstellungen zusammengefaßt sind, neben 700 054 körperschaftlichen Mitgliedern. Das Vereinsleben hat unter Großadmiral von Koeffer eine neue Blüte erlangt und befruchtet sich nicht nur auf dem Felde der Aufklärung und Werbung für den Flottengedanken, sondern kommt auch den verschiedensten mit der Handels- und Kriegsflotte zusammenhängenden Bestrebungen zugute, so dem Deutschen Schiffschiffsverein, den Seemannsheimen im In- und Auslande, Jugendvereinigungen und verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen. In eigenen Anstalten zu letzterem Zweck besaß der Verein schon seit Jahren einen China- und einen Südwestafrikafonds für Krieger aus den beiden überseeischen Kämpfen des Reiches. Unter Großadmiral von Koeffer's Leitung aber besaß er sich neuerdings mit der Errichtung eines Alters- und Invalidenheims für die Kriegs- und Handelsmarine einschließlich der Seefischerei, mit dessen Anlage bereits begonnen ist. Unter den Gaben, die der Verein seinem verehrten Präsidenten zum 70. Geburtstag darbrachte, war auch das Ergebnis einer Sammlung für dieses Heim im Betrage von 155 000 M. Mit dieser Zuwendung, dem Ergebnis einer Lotterie und einer Spende S. M. des Kaisers, wird im Oktober dieses Jahres der Fonds für die neueste Vereinsdurchführung eine Höhe von etwa 700 000 M. erreicht und das Unternehmen damit eine sichere Grundlage erlangt haben.

### Eine Sachverständigen-Kommission zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobiliarkredits

in den Städten und Industriezentren und ihrer Ausbeugung ist, wie in der Morgen-Ausgabe nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ schon mitgeteilt wurde, vom Reichskanzler eingeleitet worden. Er hat damit in anerkennenswerter Promptheit eine Resolution erfüllt, die der Reichstag angenommen hatte. Auch die Zusammensetzung der Kommission scheint dem Gebote der Objektivität und der Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Richtungen zu entsprechen. Neben sehr zahlreichen Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden finden wir 14 Reichstagsabgeordnete, wobei die großen Fraktionen mit je 2, die kleinen mit 1 Mitglied vertreten sind. Außerdem sind ebenfalls 14 Vertreter der Wissenschaft und der Praxis hinzugezogen, darunter so heterogene Elemente wie der Freiherr v. Pechmann aus München und der sozialdemokratische Kommunalpolitiker Dr. Lindemann aus Stuttgart, der Staatssekretär Verburg und der Führer der Hausbesitzer Dr. Baumert, der Landtagsabgeordnete Professor Dr. Bredt-Marburg und der bodenreformatorische Professor Dr. Eberstadt. Die Kommission soll Sachverständige vernehmen und darunter die verschiedensten Richtungen der Wissenschaft und der Praxis in Betracht ziehen. Ein außerordentlich umfangreicher und ins Detail gehender Fragebogen soll, wie gemeldet, den Verhandlungen zugrunde gelegt werden. Bereits am heutigen Dienstag wird die Kommission, deren Vorsitz der Staatssekretär Dr. Delbrück selbst führt, zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Es wäre zu hoffen, daß das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen nicht nur viele Bände von bedrucktem Papier ist, sondern praktische Vorschläge zur Beseitigung des offenen Notstandes.

### Die Reise des Staatssekretärs Kühn.

Staatssekretär Kühn soll seine Reise an die süddeutschen Höfe lediglich aus Höflichkeitserück-sichten unternommen haben. So wünscht die „Nordd. Allg. Ztg.“ festgestellt zu sehen; die Reise soll weder die Regelung irgend welcher Fragen des Verkehrsbeitrages, noch die Vorbereitung neuer Rüstungs- oder Steuervorlagen bezweckt haben. Vom schönen Wetter wird man sich aber wohl kaum allein unterhalten haben. Das Dementi ist auch nicht schlüssig genug. Denn man braucht neue Steuervorlagen ja noch nicht „vorzubereiten“, wenn man zunächst lediglich vielleicht einen Fühler ausstreckt. Man hat nur zu oft erlebt, daß solche Reisen der Finanzminister einen metallischen Beigeschmack erhielten, als daß das Regierungsdementi in seiner vielleicht gewollten Unbestimmtheit schon völlig beruhigen könnte.

## Deutsches Reich.

Das Dienstalter der preussischen Staatsminister. Zum Nachfolger des auf den Staatsaltersposten in Elßah-Lothringen berufenen Ministers v. Falkow, welcher seit dem 18. Juni 1910 das Ministerium des Innern verwaltete, wurde bekanntlich der frühere Oberpräsident v. Roebell bestimmt. Das dem Dienstalter noch jüngste Mitglied des preussischen Staatsministeriums war bisher der Kriegsminister v. Falkenhayn, welcher seit dem 1. Juli des letzten Jahres im Amte ist. Es kommen dem Finanzminister Dr. Henke mit Patent vom 28. Juni 1910, Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer-



Liefer mit Patent vom 18. Juni 1910, Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten v. Trost zu Solz und Handelsminister Dr. Sydow vom 14. Juli 1909, Minister der öffentlichen Arbeiten von Treibenbach vom 17. Mai 1906 und Justizminister Dr. Paseler mit Patent vom 20. November 1905. Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück ist der nächste. Er wurde am 19. Oktober 1905 preussischer Handelsminister. Diefem folgt der Präsident des Staatsministeriums, Reichs-Lanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, dessen Ernennung zum preussischen Minister des Innern vom 21. März 1905 datiert. Das dem Dienstalter nach älteste Mitglied des Staatsministeriums ist bekanntlich der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral v. Tirpitz, der schon seit dem 15. Juni 1897 an der Spitze des Amtes steht und am 28. März 1898 zum preussischen Staatsminister ernannt wurde.

\* **Oberbürgermeister Walraf von Hün** ist auf Einladung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft nach London gefahren zur Teilnahme an einem Festessen zu Ehren von Sir Frank Lascelles. Den Vorsitz bei dem Essen wird der Herzog von Argyll führen.

\* **85 Millionen außerordentliche Goldreserve.** Von der nach dem Gesetz vom Juni vorigen Jahres zu schaffenden außerordentlichen Goldreserve in Höhe von 120 Millionen Mark sind bisher 85 Millionen in den Tresors der Reichsbank niedergelegt worden, nachdem im August vorigen Jahres mit der Ausgabe der neuen Reichsschaffenscheine zum Zweck des Umtauschs in Gold begonnen war. Die weiter erforderlichen Reichsschaffenscheine im Betrage von 35 Millionen sind inzwischen fertiggestellt und können bei dem andauernd guten Goldbestande der Reichsbank jederzeit gegen Goldmünzen eingetauscht werden. Auch mit der Ansammlung der außerordentlichen Silberreserve in Höhe von ebenfalls 120 Millionen Mark ist inzwischen begonnen, für eine Million Mark Silbermünzen sind bereits ausgeprägt und in der Reichsbank deponiert. Durch die starken Silberprägungen des vergangenen Jahres, die erforderlich waren, um die Ansprüche des Verkehrs nach Silbermünzen zu befriedigen, sind ansehnliche Rüngegewinne entstanden, die bekanntlich zur Schaffung der Silberreserve verwendet werden. Infolgedessen ist es möglich, von jetzt ab mit den Ausprägungen für die Silberreserve schneller vorzugehen.

LC. Die **Deutsch-Böhmischen Sachsen** haben einen fundamentalen Beschluß gefaßt: sie wollen bei den nächsten Landtagswahlen selbständig in den Wahlkampf eintreten! Die Herren werden sich aber kaum im Zweifel darüber sein, daß ihre Zeit auch in Sachsen vorbei ist. Der Beschluß bedeutet wahrscheinlich nichts anderes als einen Wink mit dem Hauptstiel für die Konserverfabriken, ihnen das eine oder das andere Mandat abzutreten. Außerdem will der Landesverband der Deutsch-Böhmischen den Liberalismus ebenso bekämpfen wie die Sozialdemokratie, weil er „national unzuverlässig“ (sic!) sei. Wie Heydebrand sich räuspert und wie er spuckt, das haben die Antifemmen ihm glücklich abgeguckt!

\* Das erste deutsche Journalistenheim wurde in Oberwartha bei Dresden in Gegenwart des Kronprinzen Georg von Sachsen und des Prinzen Friedrich Christian eingeweiht. Der Vorsitzende des Dresdener Ortsverbandes der Münchener Pensionarverein für Journalisten und Schriftsteller, von der das Haus errichtet wurde, führte die Gäste durch das Heim. Die sächsische Regierung und die Stadt Dresden haben den Bau finanziell unterstützt.

**Parlamentarisches.**

Die freireligiösen Lehrer Badens und die Kammer. Karlsruhe, 28. April. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände wurde der Kultusminister Dr. Böhm von Seiten der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Redner wegen seiner Stellungnahme in der Frage der Zulassung der Freireligiösen zu den Lehrerseminaren heftig angegriffen. Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnete das Vorgehen des Ministers als reaktionär und warf ihm Verfassungsverletzung vor. Auch der Führer der Rationalisten gab der früheren Verwaltungspraxis gegenüber den Freireligiösen den Vorzug. Demgegenüber konnte Kultusminister Dr. Böhm auf das Schlußgesetz hinweisen, das gerade über den Religionsunterricht strikte Vorschriften enthalte und abgeändert werden müsse, falls es nicht mehr als zeitgemäß erachtet werden sollte. Er halte es für unbedingt erforderlich, dem Volk die Religion zu erhalten; ebenso sei er aber auch entschlossen, der

**Feuilleton.**

**Aus Kunst und Leben.**

\* **Schluß der Saison im Mainzer Stadttheater.** Aus Mainz, 27. April, wird uns berichtet: In der Spielzeit des vergangenen Jahres war „Der liebe Augustin“ der erklärte Liebling der Mainzer Theaterbesucher, diesen Winter war Wagners „Parsifal“ Triumpf. „Der liebe Augustin“ konnte 1912/13 nur 16 Mal tanzen und singen, während die Gralsschritte mehr als zwanzig Mal im Jahre 1914 über die Bühne schritten und jenen, die gern überchwängliche Worte gebrauchen, Gelegenheit boten, von „weiblichen Stimmungen“, „Erlösungsgefühlen“, „Gottesdienst auf der Bühne“ u. dergl. mehr zu reden. Mit der Enttötung des Grals mocht die Dichtung das glänzendste Geschäft, das je ein Theaterleiter in Mainz erzielte; auch wenn die Schätzung der Gesamteinnahmen von den „Parsifal“-Aufführungen mit 100 000 M. etwas zu hoch sein sollten. In der heutigen Schlußvorstellung, die zum Besten der Mitglieder des Chores und des technischen Personals gegeben wurde, verabschiedete sich Direktor Behrend nach neunjähriger erfolgreicher Tätigkeit auch als Darsteller (er spielte den Dorfrichter Adam in Kleists „Der zerbrochene Krug“ und den Abu Said in Blumenthals Lustspiel) unter liebsten Auszeichnungen. Für seine Verdienste um die Mainzer Bühne wurde Direktor Behrend vom Großherzog von Hessen das Ritterkreuz 1. Klasse des Ordens Philipps des Großmütigen verliehen. Zu Direktor Behrends Nachfolger als Leiter des Stadttheaters wurde bereits am 27. Dezember v. J. Herr Jos. u. b. durch seine frühere künstlerische Wirksamkeit hier bestens eingeführt ist, einstimmig durch die Stadtverordneten auf drei Jahre gewählt. — **pp.** **ab. Künstlerische Volkserziehung.** Unter zahlreicher Beteiligung interessierter Persönlichkeiten fand, wie aus Berlin berichtet wird, im Reichstagsgebäude die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für künstlerische Volkserziehung statt, die von einem vorbereitenden Ausschuss einberufen war. Dem Ehren- und Arbeitsausschuss gehören u. a. an: Schriftsteller Hans Döwald, Chefredakteur

Kirche gegenüber die Staatsautorität zu wahren. Aus diesen Gründen der Staatsautorität heraus könne er auch nicht zugeben, daß Lehrer sozialdemokratische Gesangsvereine leiteten.

**Heer und Flotte.**

Personalveränderungen in der Marine. Berlin, 28. April. Kapitän z. S. Faegerl, Chef des Stabs des Kreuzergeschwaders, ist zum Abteilungschef im Admiralstab der Marine, und Kapitän z. S. Fielich vom Reichsmarineamt zum Chef des Stabs des Kreuzergeschwaders ernannt worden.

Eine neue Garnison im Reichsland. RO. Straßburg, 27. April. Die dicht an der französischen Grenze gelegene Stadt Münster in Oberelsaß, der sich einer alteingefessenen Textilindustrie, wird Garnison erhalten. Das Kriegsministerium hat vor einigen Tagen die Bedingungen für die Verlegung eines Colmarer Jägerbataillons eingefordert und um schnellste Erledigung der Angelegenheit gebeten. In einer sofort einberufenen Gemeinderatssitzung wurden mit allen gegen 2 Stimmen die Bedingungen des Kriegsministeriums angenommen. Der finanzielle Beitrag der Gemeinde beträgt 150 000 M. Die Gesamtkosten für den Bau der Kaserne belaufen sich auf 1 700 000 M. Die Erhebungen über die Verlegung einer Garnison nach Münster, dem am zentralsten gelegenen Orte der Hochvogesen, bzw. des nahen Grenzkanunes, schweben schon seit einigen Monaten. Im Laufe dieses Jahres fanden mehrfach Gebirgsübungen in der Gegend von Münster statt.

Die geplante Neubesehung der auswärtigen Stationen mit Kriegsschiffen wird in den nächsten Wochen erfolgen. Es sollen bekanntlich die ostafrikanische, australische, amerikanische und zum Teil auch die ostasiatische Station eine Modernisierung ihres Kreuzermaterials erhalten. Der für die Neubesehung der ostafrikanischen Station in Aussicht genommene kleine Kreuzer „Königsberg“, der am 1. April unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Looff vom Reichsmarineamt unter die Flagge getreten war, ist inzwischen zur Verköstigung seiner Ausrichtung auf der Wilhelmshavener Werft angekommen und wird von dort die Ausreise nach der ostafrikanischen Küste antreten. Dort erwartet ihn der vor kurzem aus dem Mittelmeer nach der ostafrikanischen Station zurückgekehrte kleine Kreuzer „Geier“, der nach der Ankunft der „Königsberg“ sofort nach Australien gehen wird, um fernerhin in der Südsee Verwendung zu finden. Endlich rüstet sich der im Januar in Dienst gestellte Turbinenkreuzer „Karlsruhe“, der in diesen Tagen die Probefahrten beendet hat, zum Antritt der Reise nach Amerika. Er soll in Mexiko den kleinen Kreuzer „Dresden“ ablösen. Weiter ist die Entsendung eines Torpedobootes, das als Depechenboot für das Kreuzergeschwader dienen soll, in Aussicht genommen.

**Post und Eisenbahn.**

RPH. Nach Brasilien dürfen Wertpapiere, Banknoten, Staatspapiere, abgestempelte oder nicht abgestempelte Briefmarken oder andere Postwertzeichen, Schecks mit oder ohne Visa, Pensionscheine und Hypothekenschecks neuerdings wieder auch in eingeschriebenen und gewöhnlichen Briefen versandt werden.

**Deutsche Schutzgebiete.**

Eine neue Telegraphenanstalt in Kamerun. In Klongsamba (Kamerun) ist am 15. April eine Telegraphenanstalt für den internationalen Verkehr eröffnet worden. Die Wortgebühr für Telegramme nach Klongsamba ist dieselbe wie nach Duala. Sie beträgt gegenwärtig 3,65 M. — Klongsamba liegt am Endpunkt der Kameruner Nordbahn.

**Ausland.**

**Osterreich-Ungarn.**

Rückstimmung gegen einen Bischof. Krakau, 27. April. Laut Blättermeldungen herrscht unter den Bauern des Bezirks Dombrowa große Erregung gegen den Bischof Welenga von Tarnow, weil derselbe den Pfarrer Karczmarski, einen Anhänger der polnischen Volkspartei, der trotz des Birtenbrieves der polnischen Bischöfe in seinem Kirchenprengel amtiert hat, seiner kirchlichen Funktionen enthoben hatte. Die Bauernschaft droht mit dem Austritt aus der Kirche, falls die Maßregelung Karczmarskis nicht rückgängig gemacht wird.

**Frankreich.**

Nach den Kammerwahlen. Paris, 27. April. In den Presseerörterungen über die Kammerwahlen gelangt vielfach die Ansicht zum Ausdruck, daß die künftige Kammer sich im allgemeinen von der früheren in ihrer Parteizusammensetzung wenig unterscheiden werde. Die radikalsten Blätter äußern insbesondere lebhaftes Befriedigung über die Wiederwahl ihrer hervorragenden Parteiführer, namentlich Cail- laug'. Die Briand nahebestehenden Organe wieder finden, das Wahlergebnis beweise, daß im Lande eine für das Programm des Verbandes der Linken günstige Stimmung herrsche. Diese Stimmung wäre in noch deutlicherer Weise zum Ausdruck gekommen, wenn nicht die geeinigten Radikalen es für gut befunden hätten, mitten im Wahlkampf die Hauptpunkte des Programms von Bau (die Rückkehr zum Zweijahresdienst und Einkommensteuer mit Kontrolle der Deklaration) im Stiche zu lassen. Von den Gegnern der Regierung wird die Wiederwahl von Barthou, Cienne, Millerand, Briand und André Besadre dahin gedeutet, daß die Bewältigung von der Notwendigkeit des Dreijahresgesetzes durchdrungen sei. Nach einer von derselben Seite kommenden Zusammenstellung haben die Anhänger des Dreijahresgesetzes im Seine-Departement 350 000 Stimmen, die Gegner dieses Gesetzes 200 000 Stimmen und jene Kandidaten, die für eine Veränderung des Dreijahresgesetzes sind, 68 000 Stimmen auf sich vereinigt.

Die Geeinigten Sozialisten nach den Wahlen. Paris, 28. April. Die etwas unbestimmte Parteirichtung vieler Gewählter und die große Zahl der Stichwahlen gestattet verschiedenen Gruppen eine mehr oder minder aufrichtige Befriedigung über den Ausgang der Wahlen zur Schau zu tragen. Wirkliche Ursache zur Genugung scheinen vorläufig nur die Geeinigten Sozialisten zu haben. Die „Humanité“ gibt die Zahl ihrer Gewählten mit 40 an und behauptet, daß die Geeinigten Sozialisten bei den Stichwahlen, gering gerechnet, in 50 Bezirken den Sieg davontragen würden. Die Partei werde mit einem Gewinn von mindestens 30 Mandaten in die Kammer einziehen. Jaurès erklärt, daß die Geeinigten Sozialisten diesen Erfolg vor allem der Klarheit ihrer Haltung und ihres Programms zu danken hätten.

Erste Wahlausfahrungen. Paris, 28. April. Wie mehreren Blättern gemeldet wird, kam es in Gaudainville bei Verdun infolge der Wahlverlängerung des nationalistischen Generals Maizot, der in seinem Programm eine Steuer auf ausländische Arbeiter beifügt hatte, zu ersten Ausschreitungen. An 50 französische Arbeiter überfielen aus Zorn über die Schlappe des Generals ein Haus, in dem die bei dem Bau eines Militärdepot beschäftigten italienischen Arbeiter untergebracht sind, schlugen die Fenster ein und gaben Schüsse auf die Italiener ab. Mehrere derselben wurden verwundet. Es mußte eine starke Gendarmereieinheit aufgerufen werden, um die Italiener vor weiteren Mißhandlungen zu schützen.

Eine „Kriegsspielreise“ des Generalstabs. Paris, 28. April. Unter Leitung des Generalstabschefs Joffre traten 25 Generale und 230 andere Offiziere aller Grade und Waffengattungen eine „Kriegsspielreise“ an, welche sich auf das Gebiet zwischen Paderb und der belgischen Grenze erstreckt.

Schwere biszipsynarische Bestrafung der royalistischen Oufarenoffiziere. Paris, 28. April. Wie aus Verdun gemeldet wird, werden über die Leutnants de Vienne und Sipen des 2. Oufarenregiments, welche zur Nachtzeit antirepublikanische Flugblätter verbreitet haben, ernste Disziplinarstrafen verhängt werden.

**Spanien.**

Eine Reise des Königs nach Argentinien? Madrid, 28. April. Im Senat stellte Ceballos bei der Erörterung der Thronrede den Antrag, daß der König eine Reise nach Argentinien unternehmen möge. Der Minister des Äußeren erwiderte im Namen der Regierung, daß diese sich über die Bedeutung einer solchen Reise durchaus klar sei, und daß er die Art und Weise der Ausführung dieses Plans prüfen werde; denn in Argentinien lebten über eine Million Spanier, welche diese Reise wünschten.

**Türkei**

Ein russischer Delegierter in der Dette Publique. W. C. B. Konstantinopel, 27. April. Zwischen der Türkei und Rußland wurde in der Angelegenheit der

Rippler (Berlin), Landtagsabgeordneter Reumann-Hofer, Ministerialdirektor Freund vom Preussischen Ministerium des Innern, Professor Sering, Hermann Subermann, Professor Gustav Holländer, Oberbürgermeister Scholz (Charlottenburg), Oberbürgermeister Voigt (Frankfurt a. M.) und Oberbürgermeister Lautenschlager (Stuttgart). Den Vorsitz in der Versammlung führte Engelke, Graf Döschberg (Dresden), der in seiner Eröffnungsanrede ausführte, daß die Gründe, welche die Veranstalter zu dem Gedanken geführt haben, eine Deutsche Gesellschaft für künstlerische Volkserziehung zu gründen, allein in dem Wunsche basieren, den dreien Schichten des Volkes, die den Schätzen der Kunst teilnahmlos, weil verständnislos gegenüberstehen, die Kenntnis der Kunstschätze zu vermitteln. Man wird einwenden, daß schon sehr viel für die Verbreitung der Kunst im Volke getan ist. Wir haben den unentgeltlichen Besuch vieler Museen, ferner geben die Theater Volksvorstellungen. Es finden seit Jahren vollständige Konzerte statt, alles zu erschwinglichen Preisen. Dennoch werden diese Bestrebungen aber ergebnislos sein, weil das Volk noch nicht genügend zum Kunstgenuss herangebildet ist. Solange werden die verderblichen Surrogate die Freude an der Kunst nicht auskommen lassen, sondern sie geradezu ersticken. Es handelt sich nicht darum, die vorhandenen Bestrebungen auf diesem Gebiete zu bekämpfen, sondern sie zusammenzufassen zu einer gemeinsamen Pflege der Kunst. — Der Veranstalter und Leiter der künstlerischen Volkskonzerte, Johannes Seldan, meinte u. a.: Wir leben in einer Zeit, in welcher die ernste Kunst in großer Gefahr schwebt, von den Surrogaten der Kunst erdrückt zu werden. Wir haben besonders in der Großstadt einen Hunger, der sich gar nicht mit der sich gleichzeitig geltend machenden Kunstmüdigkeit vereinbaren läßt. Die Kunstmüdigkeit resultiert lediglich aus der Überfüllung mit Kunstsurrogaten, wie Kinos usw. Hierdurch kommt es, daß die Museen und guten Konzerte leer sind, denn das Volk versteht diese Kunst nicht mehr. Wir wollen uns daher zur Aufgabe machen, das Volk wieder zur Kunstfreude zu erziehen. Kunstfreude ist das befriedigende Spiel konzentrierter Seelenkräfte. Eine Erziehung, die hier einsetzt, wird, muß sehr behutsam zu Werke gehen, denn die Leute sind sehr verdorrt

in künstlerischen Genüssen. Auch der kleine Mann kennt heute quantitativ viel. Wir müssen eine reiche Unterhaltung versprechen, um anguloden. Es heißt uns als erster Schritt nur der gemischte Kunstabend: Bildbild, Regitation und Musik vereint. Punkt aus das Programm wohl sein, mit dem wir die Leute aus den Kinos und Kneipen herausziehen wollen, aber es muß trotzdem ein wissenschaftliches sein. Stoffe gibt es dafür genug. Alles, was innige Freude und Schmerz auslöst, stellt die Kunst ja dar. Es handelt sich dann darum, den einfachen Familienabend in einen wirklichen Kunstabend umzugestalten und später darum, einen Abend mit einer einzelnen Kunstart ganz auszufüllen. Hochmütige Künstler und noch hochmütigere Dilettanten werden wieder umlernen müssen.

\* **Ein Museum für Medizin.** Aus London wird berichtet: Noch im Laufe des Mai wird die britische Hauptstadt um ein eigenartiges und interessantes Museum bereichert sein: das große, von Henry S. Wellcome begründete: heilgeschichtliche Museum, das Historical-Medical-Museum wird dem Publikum seine Pforten öffnen. Es ist hervorgegangen aus der heilgeschichtlichen Ausstellung, die im vergangenen Jahre in London im Zusammenhang mit dem Internationalen Kongress für Medizin stattfand und in der Arztwelt so lebhaftes Interesse und Aufsehen erregte, daß beschlossen wurde, die Ausstellung auszubauen und zu einem ständigen Museum zu erweitern. Die zusammengebrachten, außerordentlich interessanten Sammlungen umfassen fast alle Gebiete der Heilkunde und füllen Räume von insgesamt 40 000 Quadratfuß Flächeninhalt. Man sieht hier Reliquien berühmter Heilforscher der Vergangenheit, daneben genaue Nachbildungen alter Laboratorien, Arztstühlen und Apotheken, Modelle mittelalterlicher und späterer Krankenhäuser, Krankenzimmer aus der Renaissance, kurz, in seiner Gesamtheit vermittelt das Museum einen anschaulichen Überblick über das Werden und die Entwicklung der Heilkunde von den frühesten Anfängen der Zivilisation bis zur Gegenwart. Das Museum soll nicht unbedingt der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, sondern in erster Linie nur Ärzten, Fororschern und Studenten der Medizin Zutritt gewähren.



Aprigentigen Zollerhöhung sowie betr. der Entsendung eines russischen Delegierten in den Verwaltungsrat der Dette Publique Ottomane ein Einvernehmen erzielt. Die Forste und der russische Vorkäufer werden Rollen wechseln, in denen erklärt wird, die Forste genehmigt den Eintritt des russischen Delegierten in den Verwaltungsrat der Dette Publique Ottomane, und Rußland stimmt der Zugelung eines zweiten türkischen Delegierten zu, welcher die Verwendung der Überschüsse der für den Dienst der Dette Publique Ottomane bewilligten Einnahmen zu überwachen haben wird. Zur Verwirklichung des Abkommens ist das Einverständnis der anderen Mächte erforderlich, von denen einige bereits zugestimmt haben. Bemerkenswert ist, daß der russische Delegierte als Vertreter Rußlands in den Verwaltungsrat eintritt, während die anderen Delegierten Syndikate der betreffenden Bondholders, also Private vertreten.

Japan.

Ein deutsch-japanisches Studentenheim in Tokio wurde vor kurzem auf dem Grundstück des Allgemeinen Evangelisch-Prottestantischen Missionsvereins eingeweiht. In diesem Alumnat können japanische Studenten aller Fakultäten gegen billiges Entgelt Unterkunft und Verpflegung finden. Das Heim wurde von Gabeln erbaut, die der Leiter der Mission in Tokio, Pastor Schröder, in kaufmännischen und Industriekreisen Deutschlands und Japans gesammelt hat. Man findet ein Lesezimmer, in welchem deutsche Bücher, Zeitschriften und Zeitungen ausliegen. Auch eine Küche und ein gemeinsamer Speisesaal sind vorhanden. Letzterer soll zugleich der Abhaltung von Versammlungen, allabendlichen Unterhaltungen und Vorträgen dienen. Ein geräumiger Spiel- und Tennisplatz wird Sportbetätigungen günstig sein. Das Heim kommt einem dringenden Bedürfnis der Tokerio-Studentenschaft entgegen. Es soll vor allem auch dazu dienen, deutsches Wissen und deutsche Kultur in Japan zu verbreiten.

Zeitungschau.

Der Herzog von Braunschweig und die Welfen. Unter der Überschrift „Unnötige Sorge“ schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung“:

Mit einem Eifer, dessen Bestehenheit oft geradezu verächtlich wirkt, werden von einer gewissen Presse alle Vorgänge an unserem Hofe verzeichnet und vielfach mit einer wenig wohlwollenden Kritik versehen. Daß dabei sehr oft aus einer Rüge ein Verleumdung und eine harmlose Begebenheit zu einer Staatsaktion gestempelt wird, dafür ist ein Vorgang charakteristisch, der sich vor einigen Wochen abgespielt hat. Aus Hannover wurde auf Grund eines Versammlungsberichtes des erst jüngst gegründeten welfischen Vereins „Victoria Luise“ gemeldet, unser Herzog habe drei Damen dieses Vereins empfangen, ein prachtvolles Blumenballett mit Schleiße und Widmung für die Frau Herzogin von ihnen entgegengenommen und sich angelegentlich mit ihnen unterhalten. Dieser an und für sich harmlose Vorgang, der in dieser Darstellung, wie wir aus bester Quelle erfahren, nicht einmal der Billigkeit entspricht, ist von einer ganzen Reihe von Zeitungen zum Anlaß genommen worden, dem Herzog unter Hinweis auf angebene Auslagen allerlei Vorwürfe zu machen und ihm Vorwürfe zu erteilen, wie er sich welfischen Deputationen gegenüber zu halten habe. Zunächst sei demgegenüber einmal festgestellt, daß Herzog Ernst August von Braunschweig mit einer peinlichen Gewissenhaftigkeit sich aller Worte und Handlungen enthält, die aus ihm im entferntesten als eine Bevormundung welfischer Persönlichkeiten, Organisationen und Bestrebungen ausgelegt werden könnten. Korrekter als unser Herzog kann kein deutscher Bundesfürst seine Pflicht gegen Kaiser und Reich erfüllen.

Zum Überflus muß aber festgestellt werden, daß jener Vorgang, der Empfang der Damen, sich ganz anders zugegetragen hat, als der Vorsitzende des Vereins ihn zu schildern für nötig gefunden hätte und wie es auf Grund dieser Schilderung dann in der Presse dargestellt wurde. Die Hütte jener Deputation um Audienz zur Überreichung eines Buletts ist, wie wir erfahren, abschlägig beiseite geworfen worden. Infolgedessen verfuhr die Deputation, dem Herzog außerhalb des Schlosses das Buletts für die Frau Herzogin zu überreichen, was ihr auch am Tage darauf gelang, als sie den Herzog, aus dem Marstall ins Schloß gehend, traf. Selbstverständlich konnte der Herzog die drei Damen nicht einfach stehen lassen, sondern nahm mit freundlichem Dank das Buletts aus den Händen der Damen entgegen. Das ist der einfache Vorgang, der einer großen Reihe Zeitungen Anlaß gab, dem Herzog allerlei Unfreundlichkeiten zu sagen.

Es ist selbstverständlich, daß, wer am Wege baut, die Le Meister hat, und daß, wer auf den Dächern der Menschheit wandelt, sich gefallen lassen muß, in allen seinen Worten und Handlungen kritisiert zu werden. Aber in Anspruch nehmen darf er, daß man nicht in unfreundlicher Weise harmlose Vorgänge entstellt und sie dann zu einer Staatsaktion aufbaut.

Zur Brückierung des Abgeordnetenhauses. Zu der Erklärung, die der Unterstaatssekretär des Ministeriums des Innern Dr. Drews am 24. April verlas, schreibt Dr. Vertel in der „Deutschen Tageszeitung“, allerdings ohne Herrn v. Dallwig zu nennen:

Wir würdigen den Standpunkt der Regierung recht wohl und wissen, daß sich manches gegen die Ausdehnung sagen läßt. Nummerhin sollte die Regierung vermeiden, in solchen Fällen den Eindruck einer gewissen Kleinlichkeit zu wecken. Wenn sie in großen Dingen unbedingten Nachgedulden der Volkvertretung schärft und entscheiden entgegentritt, so wird das nur mit Freude zu begrüßen sein; in kleinen Dingen soll sie aber die Wünsche der Volkvertretung erfüllen, soweit ihre Erfüllung irgend mit dem Gesamtinteresse vereinbar ist.

Auch der freikonserватiven „Post“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben, daß die ablehnende Erklärung auf die Erweiterung der Freifahrten bei der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses starken Unwillen ausgelöst hat.

Nicht mit Unrecht! Die glatte Ablehnung des begünstigten, schließlich mit erheblicher Mehrheit angenommenen Antrages seitens des Ministeriums des Innern hat verkehrt gewirkt, weil man den Eindruck gewann, daß die Staatsregierung grundsätzlich sich gegenüber den Wünschen der Landesvertretung ablehnend verhält. ... Verständlich wurde der verheerende Eindruck, den die an die Ablehnung geknüpfte Bemerkung über die Notwendigkeit, für einen besseren Besuch des Abgeordnetenhauses zu sorgen. Innerhalb der freikonserватiven Fraktion waren die Meinungen über den Antrag Dittrich anfänglich sehr geteilt gewesen. Unter dem Eindruck dieser Erklärung namens des Ministers des Innern hat die große Mehrzahl der Fraktion schließlich für den Antrag Dittrich gestimmt.

Einem Geiselsuchtritt versteht die „Kreuzzeitung“ in ihrer Wochenchau dem scheidenden Fürsten Wibel. Das konservative Blatt schreibt:

Unter Anbändelungen seines Konaraden und unter Sympathieausdrücken der Bevölkerung, wie er sie sich etwa

vor Jahresfrist nicht träumen lassen konnte, verläßt Fürst Wibel die Stätte seiner bisherigen Wirksamkeit. Diese freundliche Wendung der Volkstimung hatte ihren guten Grund. Noch in der Dankrede für den ihm dargebrachten Abschied kam die falsche Rolle zum Ausdruck, in die Fürst Wibel sich in den letzten Monaten hineingelegt hatte. Er fühlte sich als Anwalt der reichsländischen Bevölkerung, der sie vor ihren „Gegnern“ zu schützen habe. Eine solche Geste, wie man das neuerdings ausgedrückt pflegt, mußte bei den Stahlschmiedern naturgemäß das Gefühl hervorgerufen, daß sie Unrecht zu erdulden und demgemäß auch ein gewisses moralisches Recht hätten, dagegen aufzutreten. So wirkte die an erster Stelle zur Wahrung der Staatsautorität berufene Stelle nicht unbedingt beruhigend.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Stadtverordneten sind auf nächsten Freitag, den 1. Mai l. J., nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Einführung und Verpflchtung des Stadtrats Philipp. 2. Bewilligung eines Zuschusses von 600 M. für die Errichtung einer weiteren Abteilung des Anabenhorts. Ver. Fin.-A. 3. Vertrag nebst Nebenvertrag mit der Gemeinde Kloppeheim über die Lieferung von elektrischem Strom. Ver. Fin.-A. 4. Festsetzung der Normaleinheitspreise für die durch das Kanalsbauamt im Rechnungsjahr 1914 auszuführenden Hausanschlußarbeiten. Ver. Bau-A. 5. Desgleichen für die Reinigung der Sand- und Fettsäure sowie für die Bedienung der Kläpfloß in Privatgrundstücken. Ver. Bau-A. 6. Neuwahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern. 7. Antrag von 23 Stadtverordneten: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle unter Bezugnahme auf § 32 der Städteordnung beschließen, daß die unbesoldeten Stadtratsstellen um eine Stelle vermehrt werden“. 8. Bewilligung von 7165 M. für bauliche Veränderungen usw. in der Gewerbeschule. 9. Desgleichen von 1900 M. für Instandsetzungsarbeiten auf der Wald-erholungsstätte. 10. Abänderung des Fluchtlinienplans vom Kulkammal. 11. Austausch von Gelände an der Vierstädter Straße.

Der Reiseverkehr Wiesbaden-Frankfurt-Baden-Baden erfährt mit Inkrafttreten des Sommerfahrplans eine bedeutende Verbesserung, indem ab 1. Mai täglich zwischen den genannten Städten ein direkter Zug 1., 2. und 3. Klasse verkehrt, mit folgenden Fahrzeiten: Wiesbaden ab 7.53 vorm., Frankfurt ab 8.10 vorm., Baden-Baden an 11.14 vorm., Baden-Baden ab 2.48 nachm., Frankfurt an 5.53 nachm., Wiesbaden an 6.26 nachm.

Schülerbesuch auf dem Feldberg. Der „Physikalische Verein“ in Frankfurt hat an die Leiter der höheren und niederen Schulen die Mitteilung gelangen lassen, daß von jetzt ab Schüler unter Führung ihrer Lehrer zur Beschäftigung des Observatoriums auf dem Feldberg zugelassen werden, und zwar in Gruppen von nicht weniger als 10 und nicht mehr als 20 Schülern. Als Besuchszeiten sind die Mittwochs- und Samstagnachmittage in Aussicht genommen, und zwar von 2 Uhr ab. Es ist jedoch eine vorherige Anfrage erforderlich und die Zusage vom Leiter des Observatoriums, ob der Besuch stattfinden kann.

Von der Jagd. Im Jahre 1912 wurden in den administrierten Jagdbezirken im Regierungsbezirk Wiesbaden erlegt: 97 Stück Rotwild gegen 92 in 1911, 17 Stück Damwild (7 in 1911), 637 Stück Rehwild (616 Stück), 18 Stück Schwarzwild (3), 4 Stück Auerhähne (1), 15 Stück Fajelwild (11), 27 Stück Fajanen (18), 25 Stück Rebhühner (26), 631 Stück Hafen (858). Die Einnahmen hieraus stellten sich in 1912 auf 9713 M. 45 Pf. gegen 9042 M. 20 Pf. in 1911. — An Jagdscheinen sind im Etatsjahr 1912 für den Bereich des Regierungsbezirks ausgegeben 3142 Jahres- und 370 Tagesjagdscheine für Inländer, 1 Jahres- und 11 Tagesjagdscheine für Ausländer, 605 unentgeltliche Jagdscheine für Forstbeamte usw., 16 Doppelausfertigungen. Vereinnahmt sind für Jagdscheine im ganzen 48 576 M. gegen 48 509 M. in 1911.

In einen Schacht gefallen war gestern nachmittag in der Sonnenberger Straße ein Drahtseilwagen. Da der Feuerwehr gemeldet wurde, ein Mann sei ebenfalls in die Grube geraten und liege unter dem Pferd, rückte nicht nur sie mit dem Gerät, sondern auch die Sanitätswache mit dem Krankentransportwagen aus. Glücklicherweise bewahrheitete sich die Meldung nicht. Dem Pferd wurde von den Mannschaften der Feuerwehr aus dem Schacht geholfen, eine mühsame Arbeit, die nahezu 2 Stunden in Anspruch nahm. Das Tier hatte merkwürdigerweise bei dem Sturz keinerlei Verletzungen erlitten.

Noch gut abgelaufen. Gestern nachmittag 3/3 Uhr rief kein Herablassen eines sehr schweren Bauteils das Drahtseil des Turmtrans am Museumsbauplatz. Mehrere Arbeiter schwebten dabei in großer Lebensgefahr, doch ist alles gut abgelaufen, da der Stein nur noch wenig vom Ziel entfernt war.

Reichshallenbetheater. Zum erstenmal wird im Reichshallenbetheater ein Boxkampf gezeigt. Der berühmte Weltmeisterboxer Jack Johnson will am Freitag, den 1. Mai, sich in seiner Kunst leben lassen. Der Kampf soll bis zur Entscheidung ausgeführt werden, da der Regier nur für den einen Abend engagiert ist. Außerdem werden die beliebten Welter Leipzig Sängler, die ein monatliches Gastspiel geben, an diesem Abend erstmals mit vollständigem neuem Repertoire auftreten.

Keine Notizen. Die schon mehrfach prämierte Hofbäckerei Fröh Wollfonia hierselbst wurde auf der Gewerbeausstellung in Solingen mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. — Das Amtsgericht erteilte der Witwe Reinhard Vogel hierselbst für ihr Borgebot von 2093 M. bezüglich des Hauses Nibelbergs, Ecke Gemeindebadgäßchen, den Zuschlag.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Orchesterkonzert in der Marktkirche. Für das heutige, wie stets um 6 Uhr in der Marktkirche stattfindende Konzert ist als Solistin Margarete Bachaus, Mezzosopran, von hier genommen. Es kommen zu Gehör: Paganini und Doppelfuge in C-Moll von Bach, Tröskted von Hindad. Wenn unser Herz der Liebe denkt von Berger, Sonate op. 148 von Rheinberger sowie „Geistliches Lied“ und „Abendlied“ von Otto Dorn. Friedrich Petersen hat wie stets die Orchestralpartie übernommen. Das Programm mit Text kostet 10 Pf. und berechtigt zum Eintritt.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Der Westliche Bezirksverein, E. V., hält heute abend 8 1/2 Uhr Hauptversammlung im Saale des Turnvereins, Beckmündstraße 25, ab. Am 30. d. M., 8 1/2 Uhr abends, findet in Mainz im Saal des Kasino „Zum Gutenberg“, Große Meise, die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe Mainz des Vereins „Naturforschungsclub“ und am 1. Mai, 9 Uhr abends,

im „Hotel Einhorn“ hier, Marktstraße 22, die ordentliche Monatsversammlung der Ortsgruppe Wiesbaden statt. Da sich die Veranstaltungen zu sehr häufen würden, ist die Tageswanderung nach Kreuznach und Rünster a. St. bis zum 10. Mai 1914 verschoben worden. Zu allen diesen Veranstaltungen sind Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins eingeladen. Zu der Wiesbadener Versammlung liegt eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung vor.

Der diesjährige Verbandstag des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine findet am 3. und 4. Mai 1914 in Heilbronn a. N. statt und umfaßt neben den Verhandlungen über die Organisation des Verbandes ein Referat über „den modernen Zahlungsverkehr“ (Referent: Bankdirektor Hans Kaeferlein, Nürnberg) und „Stand der sozialpolitischen Gesetzgebung im Reichstage“ (Referent: Albert Lohé, Heilbronn a. N.). Bei dem zweigekannteten Referat sollen insbesondere die Gehaltsverträge, betr. die Regelung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe und die Konkurrenz-Kaufverträge, besprochen werden. Der Verband, welcher Mitglied der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände ist, zählt zurzeit 76 Vereine mit 67 886 Mitgliedern. Die Organisation umfaßt außerdem 2500 Vertrauensleute, welche in Parlamenten, kommunalen Behörden, Schulgemeinden, Kaufmannsgerichten, Handelskammern usw. angelegene Stellungen einnehmen. Dem umfangreichen Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verband auf allen Gebieten der Wirtschaft und Sozialpolitik eifrig tätig gewesen ist und bei der Regierung und gegenüber den Parlamenten durch zahlreiche Eingaben und Audienzen die Auforderungen seiner patriotischen Organisation zum Ausdruck brachte. Der kaufmännische Verein Wiesbaden, welcher diesem Verbande auch angehört, ist auf dem Verbandstage durch seine Vorstandsmitglieder Heinz, Glücklich und Walter Rechner vertreten.

Die „Turngesellschaft“ hielt am vergangenden Samstag in ihrem Vereinslokal die zweite Hauptversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. In Erledigung der Tagesordnung erstatteten die Rechnungsprüfer Bericht und stellten fest, daß Kasse und Bücher in musterwürdiger Weise geführt wurden und beantragten Entlastung des Kassierers, die erfolgte, nachdem der Vorsitzende Veranlassung genommen hatte, dem aus dem Vorhande ausgedienten Kassier, Herrn Louis Vogel, der das mühevolle Amt volle 22 Jahre verwaltet hat, seinen persönlichen Dank auszusprechen. Er forderte die Mitglieder auf, durch Erheben von ihren Kläben dem Kassier auch ihre Anerkennung auszudrücken, was geschah. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 1/2 12 Uhr mit einem kräftigen „Gut Heil“ auf das fernere Kläben und Gedenken der „Turngesellschaft“.

Vereinsfeste. (Aufnahme frei bis zu 20 Zeilen.)

Der Wiesbadener Musikverein feierte am 25. d. M. sein 25jähriges Jubiläum im „Rosenhof“. Die gesamte Kapelle brachte unter Mitwirkung des Kapellmeisters Bräuner drei Musikstücke, und zwar Militärmarsch und Overtüre zu „Kosmunde“ von Schubert sowie zwei eckstatische Ouvertüren von Werking zu Gehör. Ein gemeinschaftliches Essen schloß sich an. Der Vorsitzende Arng begrüßte die Anwesenden und verlas die eingegangenen Telegramme und Glückwünsche Tenorist Bürger vom Stadttheater in Mainz sang drei Lieder mit gutem Vortrage. Auch das Mitglied Fink des Musikvereins stellte seine Kraft als Cellist zur Verfügung. Von den Solovorträgen, die er gewährt hatte, ist als besonders gut gelungen Vereuze de Jochim von Godard hervorzuheben. Der Vortragende erzielte großen Beifall. Den humoristischen Teil hatten die Mitglieder Heimbold, Essler, Wollner, Hüb, Schöffler, Dorschim und Peterjohn übernommen; sie brachten den „Rufanten-Streich in Quaiestdorf“ zum Vortrag. Zu diesem Stück hatten die Vortragenden einige passende Kostüme, Maskenwerke usw. und einige neuere Musikstücke eingeführt, womit sie große Beiferte erregten. Auch das „Humoristische Quartett“ für Marquette, Oboe, Basson und Waldhorn, welches von den Mitgliedern Hermann, Hoffmann, Dorschim und Peterjohn vorgetragen wurde, erzielte allgemein. Herr Ostrowski hielt die Festrede; er gedachte hierbei der Mitglieder, die sich von 1889 bis 1914 als Präsidenten, Dirigenten und Schriftführer besonders um den Verein verdient gemacht hatten. In vorgedachter Stunde überraschte Frau Simon die anwesenden Gäste noch mit einem Vortrag „Der arme Petermann“ von Schubert. Sie fand lebhaften Beifall. Der Verein zeichnete seinen langjährigen Schriftführer Peterjohn und den Otonomen Müller mit einer Ehrenurkunde aus. F 481

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

z. Bierstadt, 28. April. Auf schiefer Bahn hat der hier geborene 25jährige Karl Bierbauer zu Stragburg sein Leben beschloffen. Er war trotz seiner Jugend ein von der Polizei öfters gesuchter Mensch. So wurde er auch zu Oftern wiederum wegen Einbruchsverdachts verhaftet, und als ihn der Polizeibeamte über die Hofausbrücke führte, sprang er, der sich unter dem Namen Bierbrauer bekannt gegeben hatte, in die Ill, wo er ertrank. Gestern wurde die Leiche in der Nähe des Radelwehrs aus dem Wasser gezogen. Eine Invalidentarte lautete auf Karl Bierbrauer aus Bierstadt bei Wiesbaden. Es fanden sich bei der Leiche vor: Rüssel, Gabeln und Messer sowie etwa 30 Dietriche.

z. Rimbach, 27. April. Der hiesige „Kranken- und Sterbeverein“, eingetragene Hilfskaffe Nr. 81, wird sich mit dem 1. Mai d. J. auflösen und in eine Zuschußkaffe umwandeln, auch den Namen „Kranken- und Sterbeverein, Zuschußkaffe Rimbach“, führen. Die bei der vorgelegten Besche eingereichten Statuten haben die Genehmigung erhalten und treten mit dem 1. Mai in Kraft. Während die versicherungspflichtigen Mitglieder des Vereins, da er eingetragene Hilfskaffe war, von der Mitgliedschaft bei einer Pflichtkaffe befreit waren, ist dies bei der Zuschußkaffe nicht mehr der Fall.

z. Hirschheim a. M., 27. April. Die Vorarbeiten zur Einführung von Elektrizität zu Licht, Kraft und sonstigen Zwecken in hiesiger Gemeinde schreiten rüstig voran. Das Ortsleitungsnetz und die Hausinstallationen sind zum Teil schon fertiggestellt. Lange hatte die Gemeindeverwaltung sich gesträubt, eine Konkurrentin für die eigene Lichtzentrale, dem Gemeindegaswerk, zuzulassen. Die Main-Kraftwerke, A. H. Ges., in Höchst a. M. haben mit der Gemeinde Hirschheim einen Vertrag auf die Dauer von 40 Jahren abgeschlossen, der inzwischen auch die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat. Nach diesem Vertrag wird dem Main-Kraftwerk die alleinige Benutzung der Straßen, Wege, Plätze zur Leitung der elektrischen Energie sowie zur Aufstellung von Leitungs-masten, Transformatoren eingeräumt. Als Gegenleistung und für den anferem Gaswerk erwachsenden Abbruch erhält die Gemeinde alljährlich 1000 M. sowie 8 Prozent der Reststromerinnahmen. Diese Entschädigung fällt der Gasanstalts-Betriebsgesellschaft Verlin als Pächter der hiesigen Gasanstalt für die Dauer des Pachtvertrags zu. Am 1. April 1915 übernimmt die Gemeinde die Gasanstalt, die sich gut rentiert, in eigene Regie.

z. Rom Lande, 27. April. Zurzeit treibt ein kleiner Käber an den Stachelbeerbäumen sein gefährliches Spiel. Es ist die Larve des Stachelbeerspanners. Infolge der überaus günstigen Witterung tritt diese Larve in solcher Zahl auf, daß in ganz wenigen Tagen die Stäbe ihrer Blätter gänzlich beraubt sind. Man muß bedenken, daß es sich jetzt nur um die erste Generation handelt, welcher in einigen Wochen



He zweite folgen wird. Die Raupen, mitunter zehn Stück an einem Blatt, müssen mit der Hand abgelesen, bezw. zerdrückt werden.

### Provinz Hessen-Nassau.

#### Regierungsbezirk Wiesbaden.

11 **Waldbrand**, 28. April. Ein Waldbrand entstand gestern oberhalb des Speisbachs, wobei etwa ein Morgen Zannentbestand und anderes Gehölz dem Feuer anheimfiel. Dem teilweise eingetretenen Querschnitts- und der hiesigen Wehr ist es gelungen, das Feuer einzudämmen und weiteren Schaden zu verhüten. Man nimmt an, daß das Feuer durch die Unachtsamkeit von Spaziergängern verursacht worden ist.

11 **Lothar**, 28. April. Am 1. Mai werden 4 Offiziere und 70 Unteroffiziere und Mannschaften sowie 43 Pferde, am 2. und 3. Mai desgleichen 1 Offizier und 25 Mannschaften sowie 18 Pferde hier einquartiert werden. — Die bekannte **Walfahrt** nach der Heilig-Kreuzkapelle im Wisperthal findet am kommenden Sonntag, den 3. Mai, statt. Die feierliche Prozession geht kurz nach 9 Uhr vormittags von der hiesigen Pfarrkirche ab.

— **Braubach**, 28. April. Rektor Müller hier selbst erhielt für seine Tätigkeit im **Flottenverein** wesen ein Ehren Diplom, unterzeichnet vom Großadmiral v. Köpfer, und ein Abzeichen mit silberner Krone. Auch wurde er zum Ehrenmitglied des **Deutschen Flottenvereins** ernannt.

— **Niederhausen**, 27. April. Der mit nächstem 1. Mai in Kraft tretende **Fahrplan** bringt für Niederhausen recht viele Verbesserungen. Eine stattliche Zahl neuer Züge, auch Eilzüge, ist eingelegt. So trifft am Werktagen früh 5.04 bereits ein Zug von Limburg hier ein, der 5.08 nach Frankfurt fährt, für Arbeiter eine recht passend liegende Fahrgelegenheit. Neu eingelegt ist ein Eilzug von Wiesbaden, der 1.20, ein anderer von Frankfurt, der 1.27 hier eintrifft und 1.28 nach Limburg weiterfährt; von Limburg kommt 2.59 ein 3.00 nach Frankfurt abgehender Eilzug an, und 3.04 fährt wieder ein Eilzug nach Wiesbaden. Wesentlich früher fahren die Eilzüge 132 Frankfurt ab hier bereits 6.16, früher 8.08, und 120 Wiesbaden, früher 8.07, jetzt 6.20. Neu sind die Züge 587, der 5.03 von Frankfurt und Zug 588, der 5.39 von Idstein hier eintrifft und 5.40 abgeht, Zug 618 von Limburg hier 8.32 an, Zug 595 von Frankfurt, hier ab 8.32, Zug 596, ab Niederhausen nach Frankfurt 8.44. Aus Rücksicht gegen den starken Touristenverkehr **Sonntags** die letzten Züge nach Wiesbaden und Frankfurt nicht wie bisher schon 9.30, sondern 10.25, eine schon oft gewünschte Neuerung. Die Gesamtzahl der Züge hier ankommenden und abgehenden beträgt 115. — **Frau Herzog** hat ihr schönes Anwesen hier selbst an Herrn **Dumde** aus Frankfurt verkauft, der Treibhaus, Autogarage und anderes neu dazubauen läßt. Wie verlautet, soll Herr Dumde auch das sogenannte **„Buckelplätzchen“** ankaufen wollen, doch wollen wir wünschen, daß ihm hierin unsere Gemeindevertretung nicht entgegenkommt; der schönste Aussichtspunkt der Gemarkung, dieses prächtige Fleckchen Erde, soll und muß doch allen Menschen zugänglich sein und bleiben.

— **Frankfurt a. M.**, 28. April. Gestern nachmittags um 1 Uhr 45 Min. wurde in einem Geschäftslokal in der Gulluststraße ein räuberischer Überfall auf einen jungen Kommis, den Angestellten des Geschäfts, ausgeführt. Ein kräftiger junger Mensch trat herein, fakte den Kommis an der Kehle und würgte ihn. Der überfallene setzte sich energisch zur Wehr, beide kamen zu Fall. Der Fremde preßte dem Kommis die Kehle derart zusammen, daß ihm vollständig die Luft abging und er ohnmächtig wurde. Der Überfallene will sich noch dunkel erinnern, daß der Fremde ihm aus der rechten Hosentasche den Schlüssel herausziehen wollte, was ihm aber nicht gelang. Als ein zweiter Angestellter vom Mittagstisch kam, lag der überfallene Kommis noch bewusstlos am Boden. Die Verletzungen, die der junge Mann durch den Schlag mit einem Eisenstück erlitt, sind ganz erheblich. Offenbar hatte der flüchtige Fremde die Absicht gehabt, in dem Geschäft einen Diebstahl auszuführen.

— **Nied a. M.**, 28. April. Das vom evangelischen Pfarrer **Schmid** in der Wohnort **Waldhaus** wurde in der vergangenen Nacht von **Einbrechern** heimgeführt und in dem unteren Stockwerk gründlich ausgeplündert. Außer zahlreichen Wäschestücken, Wert- und Schmucksachen und einer Wägenanleihe erbeuteten die anscheinend recht Ortskundigen eine größere Summe.

— **Schwanheim**, 27. April. Infolge der vielen Niederlagen im Nachwinter leidet unser Ort ungemein durch zutage tretendes Grundwasser, namentlich nach der Seite hin, die an unseren großen Wald grenzt. Nicht nur fällt das Wasser alle Gräben und Lachen an der Südfseite des Dorfes, sondern die Hausbesitzer haben auch über Wasser in den Kellern zu klagen. Professor **Kobelt** hat nun ein Projekt ausgearbeitet, nach welchem eine planmäßige Entwässerung der Südfseite des Dorfes vorgenommen werden soll. Die Gemeindevertretung hat dem Gemeinderat die Ermächtigung erteilt, unter Hinzuziehung eines tüchtigen Fachmannes einen Plan anfertigen zu lassen, der sich auf die Vorschläge von Professor **Kobelt** stützt. — Die Gemeindevertretung beschloß, die der **Automobil-Gesellschaft** in Sindlingen gewährte freie Benutzung der Mainbrücke ab 1. Mai aufzuheben. — In Sachen der Eingemeindung hört man, daß in erster Linie Differenzen wegen der Steuerfrage bestehen. **Schwanheim** erhebt nur 90 Prozent Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer, soll aber sofort nach der Eingemeindung 100 Prozent entrichten, und zwar auf die Dauer von 10 Jahren; alsdann treten die Frankfurter Steuerätze in Kraft. **Schwanheim** verlangt hingegen einen niedrigeren Steuerfuß und eine längere Währungsfrist, was die Stadt nicht zugibt. Die Kanalisation soll auch erst im Zeitraum von 10 Jahren zur Durchführung kommen, und zwar nur insoweit, als die Ortstrassen sich an die Kanalanlage anschließen lassen. Während **Schwanheim** die elektrische Straßenbahn in den Ort wünscht, will sie die Stadt nur bis an die Dorfgrenze führen. Da in diesen Hauptfragen eine Einigung nicht zu erzielen war, so hat man die Eingemeindung abgelehnt. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden, zumal sich **Schwanheim** wegen der Frankfurter Waldbahn in wirtschaftlicher Abhängigkeit befindet und nach 10 Jahren sich eingemeinden oder auf eine Bahnverbindung mit der nahen Großstadt verzichten muß.

— **Bad Somburg v. d. G.**, 27. April. Die von einem Frankfurter Blatt gebrachte Meldung, daß der Kapellmeister der hiesigen Kapelle **Schulz** und Polizeikommissar **Reppach** zurücktreten wollen, ist unzutreffend. — Als **Mitglieder** des **„Mittler Parkhotel“** beging **Karl Ritter**

sein 25jähriges Jubiläum. — Im benachbarten **Rodheim v. d. G.** wurde die 79 Jahre alte Frau **Steen** von einem Kaffeebrenner überfahren. Sie starb alsbald an den erlittenen schweren Verletzungen.

#### Regierungsbezirk Kassel.

##### Marburgs Sommersemester.

× **Marburg**, 27. April. Mit dem Frühling, der in Marburgs Berge und Wälder eingezogen ist, ziehen auch die Studenten in die Alma mater Philippina ein. Auf dem Bahnhof herrscht durch die fortwährend eintreffenden **Musensöhne**, besonders aber durch die Mitglieder der verschiedenen Korporationen, die ihre „alten Herren“ abholen und nach „Züchsen“ Ausschau halten, ein reger Verkehr, der sich in die Straßen und Gassen fortplanzt und ihnen das so sehr anmutende reizvolle farbenprächtige Bild gibt. Die am Semesterbeginn Haus für Haus sichtbaren Schildchen der Zimmervermieterinnen nehmen tapid ab, ein Beweis, daß das **Marburger Sommersemester** seine alte Anziehungskraft auch diesmal nicht verfehlt. Die bekannten **„Studentenmütter“** haben's leichter; sie werden oft gar nicht wegen dem Zimmer gefragt. Da heißt's: „Wenn ich Philister werde, ziehst du in meine Hude!“ Und die Studentinnen sind selbstredend damit einverstanden, daß der Freund ihres seitherigen Studenten das Zimmer bekommt. Der offizielle Anmeldebefehl ist auf den 5. u. n. M. festgesetzt, bis zum 30. April wird jedoch das Gros der Studenten hier sein, denn die **„Marburger Rainacht“** verläuft so leicht kein Marburger Student. Wie die Polizei bekannt gibt, soll der herkömmlichen **Maisfeier**, dem Abfeuern der **Maislieder** mit Musikbegleitung und dem Abtreiben ruhiger Feuerwerke, kein Hindernis bereitet werden. — Der **Literaturhistoriker** und Direktor des germanischen Seminars an der hiesigen Universität, **Professor Dr. Ernst Eiser**, ist von seiner **Amerikareise**, die er anfangs Februar antrat, gestern wieder hier eingetroffen. Der Gelehrte folgte bekanntlich einer Einladung der **Cornell-Universität** zu **Ithaca** im Staat **New York**, wo er einen **Jahres** von Vorlesungen über neuere deutsche Literaturgeschichte hielt. Auf dem dort begründeten **Lehrstuhl** zur Pflege des **Deutschtums** wird alljährlich für ein halbes Semester ein deutscher Professor berufen. Im vorigen Jahr weilte dort **Geheimrat Marx** aus München.

### Gerichtssaal.

we. Gifte. Das Schöffengericht verurteilte Dienstag den **Drogenhändler** **Bermuth** von Wiesbaden zu 150 M. Geldstrafe, weil er in seinem Geschäft unbefugt Gifte feilgehalten und sie auch nicht so aufbewahrt hatte, wie es Vorschrift ist.

### Sport und Luftfahrt.

\* **Pferderennen zu Maisons-Lafitte**, 28. April. Prix de Villennes. 3000 Franken. 1. Jean Dieux Im Pace (Allemant), 2. Laugel, 3. Va Tout. 27:10; 14, 14:10. — Prix de Capcyron. 5000 Franken. 1. Lomes Le Beau Desir (Sharpe) und Marones Autour (L. Childs), totes Rennen, 2. Saint Robert, 3. Sedia. Le Beau Desir 11:10; 10:10; Autour 70:10; 30:10; Saint Robert 12:10. — Prix du Bestinet. 3000 Franken. 1. Moulinais Night Wells (Marsh), 2. Rahon d'Or 4, 3. Mme. Javart. 35:10; 16, 21, 26:10. — Prix des Diadior. 20 000 Franken. 1. Bar. M. de Rothschild's Sardanapale (Doumen), 2. Ambre 2, 3. Nigle Blanc. 11:10; 10, 12:10. — Prix de Ronant le Pin. 5000 Franken. 1. J. Sterns Gilles de Rais (Warner), 2. Montgogger, 3. Holly Hill. 20:10; 11, 12, 14:10. — Prix du Gagon. 6000 Franken. 1. Battinnes Soleil Levant 2 (Marsh), 2. Saint Eustache, 3. Snow Storm. 118:10; 30, 19, 58:10.

L. K. Rhein- und Taunusflug Wiesbaden. Die Vorbereitung der 5. Hauptwanderung nach dem **Sunsiedel** findet am kommenden Donnerstag, den 30. d. M., im Klublokal statt. Der erste Führer der Wanderung, Herr **Hoos**, wird einen ausführlichen Vorbericht erteilen.

e. **Aus der Frühlingsversammlung des Turnauschusses** und der **Gemeindevorsteher des Mittelkreises in Schierstein** ist noch ein **Beschluß** nachzutragen, nach dem am 17. Mai in Frankfurt, Mainz, Saarbrücken und Koblenz das erste und am 21. Mai in Mainz das zweite **Probeturnen** für das **Turnfest** in **Luxemburg** stattfindet. Drei Mannschaften turnen vor ihrer Abreise am 27. und 28. Juni noch einmal vor einem besonderen geladenen Publikum in dem Stadion in Berlin. Die praktische Arbeit am Sonntag wurde geleitet von **Hieber-Höck**, **Schmidt-Koblenz** und **Buller-Saarbrücken**. Zum **Schluss** wurden von vier Turnern aus Wiesbaden unter Leitung des **Gaulturnwarts Engel** die vorgeschriebenen **Pflichtübungen** für **Luxemburg** am **Reif, Barren, Pferd** und **Sprung** geübt, denen sich die ebenfalls dafür bestimmten **Stabübungen**, von **Polze** selbst geleitet, anschlossen.

\* **Taunushöhen-Fahrt**. Zu dem **Vormelbeschluss** sind 23 Meldungen eingegangen, jedoch ist bestimmt zu erwarten, daß bis zum **Nachmelbeschluss** am 1. Mai weitere Nennungen erfolgen. Für die Teilnehmer der **Taunushöhen-Fahrt** stehen nunmehr 22 **Ehrenpreise** im Gesamtwerte von über 5000 M. zur Verfügung. Statt ausgeschriebener drei wird der Klub vier Preise zur Verfügung stellen, und zwar den 1. Preis im Werte von 700 M. Außerdem sind von dem **Kaiserlichen Automobilklub** und dem **Magistrat** der **Reichshauptstadt Wiesbaden** noch von 13 Firmen **Preisstützungen** erfolgt. Die **Organisation** der **Strecke** wird inswischen von dem Klub auf das sorgfältigste betrieben. Ferner wurde von der **technischen Kommission** eine genaue **Berechnung** der einzelnen **Stappenseiten** für die in **Bedacht** kommenden **Strecken** der **konkurrierenden** **Wagen** ausgearbeitet und wird dieselbe gedruckt am **Instruktionsabend** jedem Teilnehmer **ausgehändigt**.

Schr. **Tennis** und **Golf**. Auf den **Golfplätzen** des **Internationalen Golfclubs** in **Bad Somburg** kommen in diesem Sommer wieder mehrere **Golfwettkämpfe** zum **Austrag**. Ein **offenes** **Wettkampf** für **Herren** um den **Somburg-Pokal** vom 8. bis 12. August eröffnet die **Wettkämpfe**, an die sich am 15. August das **offene** **Herren- und Damen-Tennis** um den **Raouber-Pokal** und am gleichen Tage das **Tennis** um die **Meisterschaft** von **Bad Somburg** anschließen. Der 19. August bringt ein **offenes** **Herren-Tennis** um den **Sir John Brunner-Pokal**. — Das **internationale Lawn-Tennis-Turnier** findet in diesem Jahre vom 25. bis 30. August statt.

### Neues aus aller Welt.

Der **Ehescheidungsprozess** des **Herzogs von Orleans**, **Brüssel**, 28. April. Die Ansprüche des **Herzogs von Orleans** und seiner **Gattin**, der **ehemaligen** **Erzherzogin Marie Dorothea** von **Österreich**, haben vergeblich versucht, eine **Verständigung** zwischen den beiden **Gegenden** herbeizuführen. Infolge dessen wird der **Prozess** der **Erzherzogin** gegen ihren **Gatten** zum **Austrag** gelangen, und zwar vor einem von den **Anwälten** gewählten **Schiedsgericht**, das dem **Vernichten** nach aus drei **belgischen** **Richtern** bestehen wird. Die **Verhandlung** soll unter **strengstem** **Ausschluss** der **Öffentlichkeit** geführt werden.

Ein **italienischer Giftmörder**, **Neapel**, 28. April. In **Baccino** wurde der **Rechtsanwalt** **Bernicoli** unter dem **Verdacht** verhaftet, seinen **Bruder** vergiftet zu haben, um das **diesem** **zufallene** **Erbe** an sich zu reißen.

### Deutscher Reichstag.

#### Eine neue Impfsdebatte beim Wiederbeginn des Reichstags.

S. Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Der Reichstag hat heute seine Arbeit nach den Osterferien in einer Sitzung aufgenommen, auf deren Tagesordnung ausschließlich **Petitionen** standen, die aber trotzdem verhältnismäßig gut besucht war und in der es von vornherein **vielfach** lebhaft zugeht. Eine **sozialdemokratische** und **Zentrums-Resolution** verlangten die **Einschaltung** einer **Kommission**, die **parteilich** aus **Freunden** und **Gegnern** der **Impfung** sich **zusammensetzen** und die **ganze** **Impfzwangsfrage** noch einmal **untersuchen** soll, ferner **verlangt** ein **konservativer** **Antrag** eine **ähnliche** **Kommission**, aber **lediglich** zur **Prüfung** der **rechtlichen** und **wissenschaftlichen** **Unterlagen**. Der **sozialdemokratische** **Redner** **Bock-Gotha** bekannte sich als **überzeugter** **Impfgegner**. Die **Vorkrankungen** hätten **trotz** der **Impfung** nicht **abgenommen**, im **Gegensatz** zu **England**, wo der **Impfzwang** nicht in der **gleichen** **Weise** **existiere**, wie bei uns. **Lymph** sei **Gift** und **bliebe** **Gift**. Unter **Vertretung** auf **Professor Ehrlich-Gata**, wie er ihn nannte, erklärte **Herr Bock**, die **Zukunft** **gehöre** nicht der **Impfung**, sondern dem **Radium**. Auch der **Zentrums-Abgeordnete** **Dr. Pfeiffer** trat für die **Impfgegner** ein und **protestierte** dagegen, daß man diese vom **Regierungstisch** aus eines **„verbrecherischen** **Treibens“** **beschuldigt** habe. Die **Regierung** wolle **einfach** nicht. Der **konservative** **Abgeordnete** **Krahmer** endlich **berief** sich für seinen **Antrag** auf die **Tatsache**, daß **selbst** unter den **Ärzten** die **Meinungen** **geteilt** seien. Der **fortschrittliche** **Abgeordnete** **Fischbein** sprach gegen die **Anträge**; die **Mitglieder** seiner **Partei** seien der **Überzeugung**, daß **sich** das **Impfgesetz** **durchaus** **bewährt** habe. **Ministerialdirektor** **Dr. Kirchner** hielt **gegenüber** allen **Angriffen** **durchaus** an dem **Standpunkt** fest, den er und die **Reichsregierung** von **jeder** **vertrat**. In **überaus** **lebhafter**, aber **durchaus** **sympathischer** **Weise** **vertrah** er sich gegen das **Treiben** der **Impfgegner**, welche die **unwissenden** **Mütter** **aufzuheben** **versuchten** und deren **Agitation** er **auch** **heute** **nicht** **nicht** **anders** als **verbrecherisch** — **nicht** im **juristischen**, wohl aber im **rein** **menschlichen** **Sinne** — **bezeichnen** könne. Vor **allem** **protestierte** er gegen die **persönlichen** **Angriffe** der **Impfgegner**, die **nach** ihrer **letzten** **Tagung** sogar an den **Kaiser** ein **Telegramm** **gerichtet** hätten, in dem sie **Herrn Kirchner** der **Miße** **beschuldigten**. Die **Debatte** **währte** die **ganze** **Sitzung** **hindurch**. **Herr Kirchner** sprach **fast** **zwei** **Stunden**. **Nach** ihm **äußerten** sich **Vertreter** des **Reichsjustizamts** über die **juristische** **Frage**. Ein **nationalliberaler** **Redner**, der **Abgeordnete** **Götting**, trat für die **Aufrechterhaltung** des **jetzigen** **Rechtszustandes** ein, während der **Welse** **Freiherr** v. **Scheele** zur **Abwechslung** den **entgegengesetzten** **Standpunkt** **einnahm**. Um 7 Uhr wurde **dann** die **Debatte** **abgebrochen**, ohne daß man zum **Abschluss** gekommen war. Wie **gefragt**, „ein **vielfach** **sprechender**“ **Anfang**.

#### Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 28. April.

Am **Bundesratstisch**: **Unterstaatssekretär** **Kirchner**, **Direktor** im **Reichsamt** des **Innern** v. **Jonquiere**s und **Kommissare**.

**Präsident** **Dr. Kaempf** eröffnet die **Sitzung** um 2,18 Uhr mit folgenden Worten: **Nach** den **Osterferien**, die wie ich **hoffe**, Ihnen **allen** die **notige** **Erholung** **gebracht** haben, **begehe** ich **Sie** zu **neuer** **Arbeit**, von der ich **hoffe**, daß sie **erfolgreich** sein wird. (**Bravo!**) — Der **Präsident** macht **darauf** **mehrere** **geschäftliche** **Mitteilungen**, insbesondere über die **inzwischen** **stattgefundenen** **Ergebnisse**.

Auf der **Tagesordnung** stehen

#### Petitionen.

Zunächst stehen zur **Debatte** die **Petitionen**, betreffend die **Einschaltung** einer **Kommission** zur **Prüfung** des **Impfgesetzes**. Die **Petitionskommission** beantragt **Überweisung** zur **Berücksichtigung**, die **Konservativen** beantragen dagegen, die **Petitionen**, welche sich auf die **Einschaltung** einer **Kommission** zur **Prüfung** des **Impfgesetzes**, **Sicherstellung** des **Rechtszustandes**, **Einführung** der **Gewissensklause**, **Entschädigung** bei **Impfschäden** und **Unterlassung** der **zwangswesen** **Anwendung** des **Impfgesetzes** beziehen, dem **Reichskanzler** zur **Berücksichtigung**, im **übrigen** zur **Erledigung** zu **überweisen**. Alle zu **diesem** **Gegenstand** **vorliegenden** **Petitionen** sollen **durch** die **heutige** **Beschlußfassung** für **erledigt** **erklärt** werden.

Hg. **Bock-Gotha** (Soz.): Der **Widerstand**, den das **Impfgesetz** im **Lande** **erfährt**, ist **erklärlich**, da das **Gesetz** seinerzeit **nur** mit einer **Mejheit** von 2 Stimmen **angenommen** worden ist. Die **Erregung** ist **andererseits** **auch** **erklärlich**, da das **Impfgesetz** ein **höchst** **wichtiges** **Gesetz** ist. Es **steht** bei ihm **hinichtlich** der **Volksgeundheit** **außerordentlich** **viel** **auf** dem **Spieler**. Es ist **festgestellt**, daß der **Reichstag** seinerzeit **kein** **Zwangsimpfgesetz** **haben** **wollte**. Das **beweisen** die **ganzen** **Verhandlungen** bei **Schaffung** des **Impfgesetzes** und **auch** die **verschiedenen** **Umänderungen**, die das **Gesetz** **erfahren** hat. Es hat **sich** **herausgestellt**, daß **der** **durch** die **Impfung** **gegebene** **Schutz** **nicht** **etwa** **für** **Lebenszeit**, sondern **höchstens** **10** **Jahre** **lang** **Wirksam** **hat**. **Tausende** **sind** **durch** die **Schuhpockenimpfung** **zu** **Schaden** **gekommen**, **Tuberkulose** **und** **Syphilis** **sind** **vielfach** **durch** die **Impfung** **übertragen** **worden**. **Mindestens** **sind** **ebenso** **viele** **Leute** **infolge** der **Impfung** **gestorben**, wie **Leute** **ohne** **Impfung** **an** **Pockenkrankung** **gestorben** **wären**. Die **Impfung** **wird** **für** **den** **größten** **Irreum** **der** **medizinischen** **Wissenschaft** **erklärt**, **der** **achtlos** **das** **größte** **Unheil** **anrichtet**. Im **Jahre** 1912 **sind** **in** **Preußen** **amtlich** **gemeldet** **82** **Todesfälle** **infolge** **Impfung** **vorgekommen**. (**Hört!**)

Alle **Gründe** der **Erfahrung** **sprechen** **nicht** **nur** **gegen** **den** **Impfzwang**, sondern **gegen** **das** **Impfgesetz** **überhaupt**. Wir **verlangen** **vor** **allen** **Dingen** die **Gewissensklause**, wie sie in **England** **durchgeführt** **ist**. Die **Regierung** **sollte** **endlich** **den** **Spuren** **anderer** **Regierungen** **folgen** **und** **die** **Penflichkeit** **von** **dem** **unglückseligen** **Impfzwang** **befreien**. (**Weifall** **bei** **den** **Sozialdemokraten**.)



Präsident Dr. Kaempf rügt nachträglich eine Redewendung des Vorredners, in der er gesagt hat, daß der Ministerialdirektor diese Zahlen nicht aus der Welt eskamotieren könnte, als unparlamentarisch.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Die Petitionen aus diesem Thema stammen aus allen Teilen des Reiches. Das uns zugegangene Material der Impfgegner ist fast ins Uferlose gewachsen und es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Impfschäden nicht gelungener werden können. Sowohl die Impfgegner wie die Impffreunde haben eine lebhaftere Agitation inszeniert. Ministerialdirektor Kirchner hat früher von der Tribüne des Reichstags aus sogar über verbrecherisches Treiben der Impfgegner gesprochen. Wegen solche Ausdrücke müssen wir entschieden Protest erheben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Impfgegner wünschen, daß der Impfwang, der nicht dem Geiste des Impfgesetzes entspreche, beseitigt wird, daß eine paritätische Kommission eingesetzt wird, daß die Gewissensklause eingeführt und eine Entschädigung dem Geschädigten gewährt wird. Hier liegt nicht eine Fiktion der Impfgegner vor, keine Eigenbrödelei, sondern eine Überzeugung, daß auf diesem Gebiete schwere Schäden geschehen. (Sehr richtig!) Viele Ärzte haben mündlich und schriftlich gegen die Darlegungen des Ministerialdirektors Stellung genommen.

Ein Impfwang sollte auch durch das Impfgesetz nicht geschaffen werden.

In weiten Kreisen ist durch dieses Gesetz böses Blut erregt worden. Wir schließen uns der Kommissionforderung an, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, vor allem aber eine Kommission zur Klärung der Impffrage einzusetzen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kraemer (Konf.): Wir halten es für nötig, daß die ganze Angelegenheit noch der besonderen Prüfung in einer Kommission unterzogen wird. Aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag eingebracht, und ich bitte, ihn anzunehmen.

Abg. Hübner (Vpl.): Die meisten Mitglieder meiner Partei erkennen die gute Wirkung des Impfgesetzes an. Von einer Kommission versprechen wir uns nicht besonders viel. Bei jeder ärztlichen Maßnahme können unliebsame Folgeerscheinungen eintreten. Durch die Agitation dürfen wir uns nicht beirren lassen. (Beifall.)

Ministerialdirektor Dr. Kirchhoff: Wir stehen heute genau so in der Impffrage wie vor zweieinhalb Jahren. Ich habe feinerzeit hier pflichtgemäß gesprochen. Trotzdem bin ich in empörender Weise verleumdet worden. Der Führer der Impfgegner telegraphierte sogar an den Kaiser, ich hätte gelogen. (Inruhe.)

Seit zweieinhalb Jahren hat eine lebhaftere Dege Platz gegriffen. Ich habe nur gesagt, daß die Anlagen der Impfgegner unverständlich und fast verbrecherisch seien, dabei auch auseinanderzusetzen, daß die Impfgegner durch Broschüren und Plakate die Mütter verängstigt haben, als ob sie ihre Kinder zur Schächtlung führen müßten. Die Bevölkerung wird aufgerührt und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt gereizt. Sie verstoßen ihre Kinder und machen sich dadurch strafbar. Diese Verheerung habe ich nicht gesehen, sondern geradezu verbrecherisch genannt. Im Jahre 1913 sind Zwangsimpfungen nur in 7 oder 8 Fällen vorgekommen. Es bleibt uns da schließlich nichts weiter übrig. Das ist der Erfolg der impfgegnerischen Agitation. Man will die Reichsregierung nur einschüchtern. Wir würden uns zu jedem Entgegenkommen entschließen, wenn irgend ein vernünftiger Grund vorläge. Die Ausführungen des Abgeordneten Bod haben mich außerordentlich enttäuscht. Sie brachten nichts Neues. Die Statistik zeigt, daß die Vordenerkrankungen im Reich weiter zurückgehen. Die Angriffe der Impfgegner beruhen auf Verleumdungen. Die Gewährung einer Entschädigung für Impfschäden ist ganz undenkbar. Haben Sie Vertrauen zum Gesundheitsrat, der die Impffrage gründlich bearbeitet. Das Gesetz müssen wir durchführen.

Wir müssen unsere Volksgesundheit mit allen Mitteln schützen, namentlich auch im Hinblick auf einen künftigen Krieg. Ich könnte die Verantwortung nicht übernehmen, an dem jetzigen Zustand etwas zu ändern.

Abg. Oberregierungsrat Zimmer: Die Frage, ob eine Zwangsimpfung eintreten kann, unterliegt der richterlichen Entscheidung. Nach meiner Auffassung besteht das Recht dazu. Das Gesetz enthält keine Bestimmung, welche den Einzelnen hindert, Zwang anzunehmen.

Abg. Götting (natl.): An dem jetzigen Zustand, den man als einen guten bezeichnen kann, sollte man nicht rütteln. Eine Kommission, auch wenn ihre Sachverständige angehören, kann über die Frage keine volle Entscheidung treffen, da auch die Männer der Wissenschaft nicht unfehlbar sind. Die Frage einer Entschädigung für Impfwunde ist zurzeit noch nicht sprechreif.

Abg. Schulz-Bromberg (Vpl.) verzichtet auf das Wort.

Abg. v. Scheele (Welfe): Eine Verständigung ist so lange unmöglich, als mit Ausdrücken, wie verbrecherisch, jongliert wird. Auch die Impfgegner haben Autoritäten auf ihrer Seite. Zunächst müßten Ausführungsbestimmungen erlassen werden, nach denen der Impfwang aufgehoben und die Gewissensklause eingeführt wird.

Darauf tritt Vertagung ein. — Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Ergänzungsetat; Fortsetzung der Petitionsberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

#### Der Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen.

R. Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Lebhafter war heute die Erregung und schärfer waren die Worte, die fielen. Vom Kultusetat war nur wenig zu hören und sogar die Jesuitenanklage, die gestern noch die Gemüter in Bewegung versetzten und die auch heute noch zur Debatte standen, waren beinahe vergessen. Weitans im Vordergrund stand der bekannte Kaiserbrief an die Landgräfin von Hessen, den Herr v. Campe gestern in die Diskussion geworfen. Das hatte Herrn Dr. Vorsch gewaltig in Garnisch gebracht, aber was er dagegen vorbrachte, war alles andere als eine Apologie seiner Partei. Die ganze Affäre versuchte er — den Nationalliberalen in die Schuhe zu schieben. Die „Mhein-Westf. Ztg.“ soll nach Herrn Vorsch der Sünder gewesen sein und die ganze Zentrumspreffe ist unschuldig wie ein Lamm. Selbst der Abgeordnete Jäger ist nur „unvorsichtig“

gewesen. Dazu ist — immer nach Herrn Vorsch — das Essener Blatt in ganz infamer Weise „angelogen“ worden. Kein Wort ist wahr davon, daß Kardinal Kopp den Brief nach Rom geschickt hat; innerhalb der ganzen Zentrumsfraktion hat niemand über den Brief etwas Authentisches erfahren. Als Herr Vorsch das sagte, ging starke Erregung durch das ganze Haus, aber so recht glauben tat man ihm wohl nicht.

Ungleich ausdrucksvoller war, was der Minister Trott zu Solz über den Kaiserbrief sagte. Er hat ihn selbst gelesen und konnte aus eigener Kenntnis bezeugen, daß der Kaiser darin keine Verleumdung gegen die katholische Religion ausgesprochen hat. Ganz entschieden wurde der Zentrumsmann dann von dem nationalliberalen Dr. Rohmann desavouiert, der nachwies, daß die katholische „Allg. Rundsch.“ in München vor dem Essener Blatte die ominöse Äußerung veröffentlicht hatte. Er vermühte vor allem eine Entschuldigung von Zentrumsseite, da nach seiner Ansicht keine Partei die Verantwortung für ihre große Presse ablehnen kann. Vom Kultusetat sprach erst wieder der volksparteiliche Abgeordnete Lic. Traub mit vornehmer Ruhe und Sachlichkeit, die vorteilhaft von dem Vorredner abfiel. Er wies auf die Lasten hin, die der Staat für die Kirchen — freilich ohne Zwang für ihn — übernimmt; dagegen hätte er es für angebracht gehalten, das Vermögen der Kirche zum Wehrbeitrag heranzuziehen. Sehr ausführlich sprach dann der Pole Korfanty über die Moabiter Kirchenvorgänge, die nach seiner Darstellung ganz anders sind, als sie der Minister wiedergegeben habe. Nachdem sich zum Schluß noch Adolf Hoffmann, der Rimmermüde, bei persönlichen Bemerkungen zwei Ordnungsrufe und eine Rüge geholt hatte, kam man zur Abstimmung. Der Zentrumsantrag über die Rechtsfähigkeit der Ordensniederlassungen wurde der Unterrichtscommission überwiesen, der kombinierte Antrag Vorsch-Heydebrand sofort im Plenum angenommen.

### Sitzungsbericht.

Etaener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

§ Berlin, 28. April.

Am Ministerial: Kultusminister von Trott zu Solz. Präsident Graf von Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Die Beratung des

#### Kultusetats

wird bei der allgemeinen Besprechung über den Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Klappenburg (Däne) beschwert sich über die Unterdrückung der dänischen Sprache beim Religionsunterricht. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der im Hause herrschenden Unruhe unverständlich.

Abg. Dr. Vorsch (Str.): Was wir auf dem Herzen haben, das hat in der Hauptsache mein Fraktionskollege in ruhiger und sachlicher Weise, ohne jemand zu verletzen, gesagt, im Gegensatz zu dem Redner, der nach ihm sprach. Ich muß meine Partei gegen die Auffassung verwahren, daß unsere Anträge gestrichelt sein können, den konfessionellen Frieden zu stören. Die Behauptung des Abg. von Campe, daß die Kirche keinerlei Recht an der Schule habe, als das der Staat ihr einräume, muß ich entschieden zurückweisen. Die Kirche hat das älteste und legitimste Recht an der Schule. Ich erinnere nur an die Aufforderung, die Christus an seine Jünger gerichtet hat: Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker! Unsere Anträge sind frei von irgendwelchen kulturkämpferischen Tendenzen. Wenn katholische Orden zugelassen werden, dann muß man ihnen auch die Rechtsfähigkeit verleihen. Ich habe es lebhaft bedauert und war auf das Äußerste erpönt, daß der Minister, obwohl er sich im allgemeinen wohlwollend gegenüber den Krankenpflegeorden äußerte, unserem Antrage, betreffend Gleichstellung dieser Orden mit den anderen, der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen, ein glattes Nein entgegensetzte. Es ist allseitig anerkannt, daß die Krankenpflege Gutes wirken und niemals den konfessionellen Frieden stören. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn bei uns landauf, landab die Propaganda der Gottlosigkeit getrieben werden darf, ohne daß die Regierung einschreitet, so empfinden wir es als eine große Ungerechtheit, wenn Männern, die für die Ausbreitung des Christentums eintreten, die Abhaltung von Vorträgen verboten wird.

Wir verlangen Aufhebung der Bundesratsverordnungen über die Handhabung des Jesuitengesetzes wie die Aufhebung des Jesuitengesetzes selbst.

Wenn der Abg. von Campe hat sagen wollen, daß Zentrum habe etwas mit der Veröffentlichung des Kaiserbriefes zu tun, so muß ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir können nicht für alles verantwortlich gemacht werden, was in der Zentrumspreffe gesagt wird. Es ist unklar, was die „Mheinisch-Westfälische Zeitung“ behauptet, daß der Kardinal Kopp Mitteilung über den Kaiserbrief nach Rom gemacht hat. Ich weiß auch auf das Bestimmteste, daß er den Brief niemals einem Mitgliede der Zentrumsfraktion gezeigt hat. Die Behauptung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wonach der Brief des Kaisers nicht entfällt, was sich auf die katholische Kirche als solche bezieht, ist vollständig richtig. Es wäre eine Undankbarkeit, wenn wir unserem Herrscher eine nichtwohlwollende Äußerung über die katholische Kirche in den Mund legen wollten. (Lebhaftes Bravo!)

#### Kultusminister v. Trott zu Solz:

Der Brief des Kaisers an die Landgräfin von Hessen ist hier wiederholt zur Sprache gekommen. Ich möchte auch von dieser Stelle aus in aller Öffentlichkeit betonen, daß die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in allen ihren Punkten zutreffend ist.

Ich habe den Brief des Kaisers an die Frau Landgräfin selbst gelesen und in diesem Briefe ist keine Ausfällung enthalten, die sich gegen die katholische Kirche, die Katholiken oder über das Verhältnis Sr. Majestät zu den Katholiken äußert.

Die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ sind in jedem Punkte zutreffend. Um so entschiedener muß das Treiben gekennzeichnet werden, das sich an diesen Brief geknüpft hat (Sehr richtig!), wie man diesen Privatbrief Sr. Majestät des Kaisers und Königs, eine Angelegenheit seines königlichen Hauses an die Öffentlichkeit gezogen und sich nicht davor gescheut hat, den Brief zu fälschen und damit beizutragen, daß Misstrauen in die katholische Bevölkerung gegen ihren Landes-

herrn getragen wird, gegen ihren Landesherren, von dem sie so viele Beweise seines Wohlwollens erfahren, von dem sie so viele Zeichen seiner Gerechtigkeit erhalten und dem sie Verständnis für ihre Wünsche und Bedürfnisse gefunden hat. Man kann in der Tat ein solches Verfahren nicht scharf genug kennzeichnen. Es ist Brunnengift der allergeringsten Art (Sehr richtig!). Ich meine, alle anständigen Leute in Deutschen Reich sollten sich dagegen wenden und von diesen Fälschern und Brunnengiftern absehen. (Lebhafte Beifall.) Zu meiner Freude hat das soeben auch mit aller Entschiedenheit der Abg. Dr. Vorsch getan. Ich glaube, daß nun die Ästen darüber geschlossen werden sollten, und daß wir uns alle dagegen wehren sollten, wenn noch einmal verübt werden sollte, auf diesem Boden im Trüben zu fischen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Rohmann (natl.): Gegenüber den gestrigen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner muß ich betonen, daß gerade in dem gebildeten Mittelstand die Kirche ihre treuesten Anhänger hat. Die Kirche hat zur Verbesserung menschlichen Glucks unendlich mehr geleistet als die Sozialdemokratie. Der Vorwurf des Abg. Dr. Vorsch, daß die Ausführungen des Abg. v. Campe nicht sachlich gewesen sind, muß ich zurückweisen. Auch der Ton seiner Rede ist durchaus nicht von dem, den der Abg. Dietrich angeklagt hat, abzuweichen.

Es ist das Bedürfnis eines jeden modernen Staates, das Staatsaufsichtsrecht über Orden auszuüben.

Bezüglich des Kaiserbriefes verweise ich darauf, daß die erste Andeutung über diesen Brief in der „Allg. Rundsch.“ erschienen ist, und diese Zeitung kann das Zentrum nicht von sich abschütteln. Es wäre Pflicht der Zentrumspreffe gewesen, gleich zu Beginn der ganzen Angelegenheit gegen die Verdächtigungen unseres Landesherren Protest zu erheben. Sie (zum Zentrum) wollen nun die Verantwortung für die Wirkungen der Veröffentlichungen des Kaiserbriefes ablehnen. Sie werden uns aber nicht glauben machen können, daß Sie auf Ihre Presse keinen Einfluß haben.

Abg. Graf Nolte (freikonf.): Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein hat unter der jetzigen Regierung keineswegs zu leiden; die Lehrer und Landräte haben ein viel zu großes Rechtsgefühl, als daß sie sich Ungerechtigkeiten zu schulden kommen lassen. Es ist traurig, daß die Angelegenheit des Kaiserbriefes immer wieder zur Sprache gebracht werden muß. Was hat es für einen Nutzen, diese Frage immer wieder aufzurollen, wenn man den wahrhaft Schuldigen nicht finden kann. Eine schwere Schuld besteht aber darin, daß eine fürstliche Person einen Privatbrief einem kirchlichen Würdenträger übergeben hat. (Beifall bei den Freikonfessionellen.)

Abg. Traub (Vpl.): Von den Summen, die für Zwecke der Schule und der Erziehung in Preußen aufgewendet werden, fällt der bei weitem größere Teil auf die Gemeinden. Die Aufwendungen des Staates für evangelische und katholische Kirchen sind außerordentlich geringfügig; es steht aber fest, daß die staatlichen Zuschüsse für die Kirche eine rechtliche Begründung nicht haben. Die ganze finanzielle Abhängigkeit der Kirchengemeinschaften ist nicht ohne weiteres als ein Segen für das religiöse Interesse zu erachten. Eine Kirche kann dadurch unter Umständen betanlagt werden, die Gesetze des Staates zu befehlen.

Die Religion hat aber mit der Politik nichts zu tun.

Bezüglich der Kirchenaustrittsbewegung hat die Berliner Synode das finanzielle Interesse leider in den Vordergrund gestellt. Es ist traurig, daß man nach den goldenen Worten des Staates schießt, und daß man nicht genug Vertrauen in die innere Kraft der Kirche hat. Die Kirchenaustrittsbewegung haben wir für bedauerlich. In England, wo man eine religiöse Zwangsbeziehung nicht kennt, gibt es keine Kirchenaustrittsbewegung. Wer diese Bewegung bekämpfen will, muß die Religion über die Kirche stellen und der wissenschaftlichen Forschung freie Bahn gewähren. Die Zahl der Unterrichtsstunden in der Religionslehre sollte deshalb etwas mehr beschränkt werden. Gerade in den kleineren Städten, die nicht die Mittel zur Errichtung höherer Mädchenschulen haben, sollte man die Koedukation einführen. In der Herausgabe der Werke Friedrichs des Großen in deutscher Sprache, die auf die Initiative unseres Königs erfolgte, sehen wir eine Kulturtat. Die kulturelle Entwicklung in Preußen werden wir am besten dann fördern, wenn wir die Staatsidee fördern, nicht in dem Sinne des Polizeistaates, sondern in dem Sinne des Staates, wie ihn Fichte sich geträumt hat, als eines Staates von freien Männern und selbständigen Frauen. Ich schließe mit den Worten Friedrichs des Großen, jedem die Freiheit des Gewissens zu lassen, ist das sicherste Mittel, den Staat vor Stürmen zu bewahren. (Beifall links.)

Abg. Korfanty (Pole): Ich habe volles Verständnis für den Unfug und für die Schenlichkeit des Hineintragens der politischen Agitation in die Kirche. Ich lege aber gegen die Unterstellung des Ministers Verwahrung ein, daß wir diese politische Agitation in die Pauluskirche in Moabit getragen haben. Die Vorgänge in der Pauluskirche sind von der Presse in gemeiner, nichtwürdiger und verleumderischer Weise entstell worden. Es ist festgestellt worden, daß sich in der Kirche Polizeispione befunden haben.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ich betone nochmals nachdrücklich, daß die Regierung mit den Vorgängen in der Pauluskirche in Moabit in keiner Weise in Verbindung steht. Sie hat nur denjenigen Staatsbürgern, die darum baten, Schutz gewährt. Ruhe ist erst eingetreten, nachdem die Polizei eingeschritten ist. Das ist ausdrücklich von dem Geistlichen bestätigt worden, die auch anerkannt haben, daß die Polizei mit großer Diskretion und Zurückhaltung aufgetreten ist.

Es ist hier ein Bild vorgetragen worden, das den Tatsachen ins Gesicht schlägt, um dann Angriffe gegen die Regierung zu erheben.

(Rufe: Sch! polnisch!) Die Behauptung, daß ich eine Verfügung erlassen hätte, wonach der Religionsunterricht in der Provinz Polen nicht in polnischer Sprache erteilt werden darf, ist falsch.

Abg. Dederoth (Konf.): Zur Multierung der sozialdemokratischen Redhellenie möchte ich anführen, daß Gelder, die für Blüten und Wägen gesammelt wurden, für sozialdemokratische Parteizwecke verwendet worden sind. Ihnen (zu der Soz.) ist die Religion nicht Privatfache, sondern der Ungläube Parteifache. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Und bei Ihnen die Dummheit!)

Präsident Graf Schwerin-Löwis ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung.

Abg. Dederoth (Konf., fortsetzend): Die Kirchenaustrittsbewegung hat nicht durch die Angst vor der Kirchensteuer einen so großen Umfang angenommen.

Darauf wird die Debatte geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt der Abg. Hoffmann (Soz.) gegen-



über dem Abg. Gedenroth, daß dieser Tatsachen in skandalöser Weise verschwiegen habe.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz ruft den Abg. Hofmann zur Ordnung. Die weitere Ausherrung des Abg. Hofmann, daß die Konserwativen das Recht mit Füßen treten, wird vom Präsidenten als ungehörig bezeichnet.

Der Antrag Porzich betr. die Aufhebung der Beschränkung, denen die katholische Krankenpflege unterliegt, wird angenommen. Der Antrag Porzich betr. Beschäftigung der katholischen Ordensniederlassungen wird der Unterrichtskommission überwiesen. Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Sodann wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schluß 1/6 Uhr.

### Die Union und Mexiko.

Eine Schlacht zwischen Rebellen und Bundesstruppen vor Mexiko?

wb. Veracruz, 28. April. In der Nähe der Stadt Mexiko soll eine Schlacht zwischen den Insurgenten und den Regierungstruppen im Gange sein. Der Ort der Kampfplatz ist noch unbekannt. Es verlautet, der Regierungsgeneral Velasco, der in dem Kampf zweimal verwundet wurde, sei mit 400 verwundeten Bundeskämpfern in der Stadt Mexiko eingetroffen. General Pena sei in der Schlacht gefallen.

Ankunft der Truppentransporte vor Veracruz.

wb. Veracruz, 28. April. Die Transportschiffe mit General Junjones Truppen sind hier eingetroffen. Es steht noch nicht fest, wann die Truppen landen, um die Marinemannschaften abzulösen.

Ein neuer Zug mit Flüchtlingen eingetroffen.

wb. Veracruz, 28. April. Hier ist unter deutscher und britischer Flagge ein Zug mit 26 Amerikanern, 31 Engländern und 92 Mexikanern eingetroffen. Die Zustände in der Stadt Mexiko bessern sich.

Die Vermittlungskommision des lateinischen Amerika.

wb. Buenos Aires, 28. April. Die Regierung hat ihre Genehmigung zu einer Protestkundgebung gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko verweigert. Der Minister des Äußeren erklärte, die Mediation der südamerikanischen Republikken stelle keine Bedingungen. Der Minister stellte es in Abrede, daß sie die Abweisung Huertas zur Grundlage habe. Bolivien und Nicaragua erklärten sich Argentinien gegenüber bereit, sich der Mediation anzuschließen.

Quercos Stern im Sinken?

wb. Veracruz, 28. April. Nach Meldungen aus der Stadt Mexiko hat sich dort seit zwei Tagen eine freundlichere Haltung gegenüber den Ausländern bemerkbar gemacht, dies wird teils darauf zurückgeführt, daß die Anhänger der Insurgenten bemüht sind, in der Stimmung des Publikums einen Wechsel herbeizuführen. Es wurden Flugblätter in Umlauf gesetzt, in denen das Volk ersucht wird, die Amerikaner zu schützen, und in denen Huerta gebbrandmarkt wurde, weil er die Landung der Amerikaner in Veracruz verursacht habe und in denen das Volk aufgefordert wurde, an einem Umzug zum Zeichen der Mißbilligung Huertas teilzunehmen. Der Umzug fand am Samstag statt mit der Erlaubnis Huertas. Hieraus wird geschlossen, daß Huertas nach der Kundgebung sich in einer freundschaftlichen Beziehung befindet, da er sich für die, erwarbt zu werden.

lag statt mit der Erlaubnis Huertas. Hieraus wird geschlossen, daß Huertas nach der Kundgebung sich in einer freundschaftlichen Beziehung befindet, da er sich für die, erwarbt zu werden.

Beschlagnahmung der Terrains einer englischen Gesellschaft durch Admiral Fletcher.

wb. Veracruz, 28. April. Kontradmiraal Fletcher hat unter Kriegsbefehl die Landungs- und Städteplätze der Terminalkompagnie, einer britischen Gesellschaft, in Besitz genommen. Wie der Admiral äußerte, war diese Maßnahme notwendig, um normale Zustände wieder herzustellen. Die Gesellschaft habe eine über alles Maß hinausgehende Pachtsumme gefordert. Der britische Kontradmiraal Craddock, bei dem sich die Gesellschaft beschwerte, hat sie an das auswärtige Amt in London verwiesen.

Mexikos Außenhandel.

Der amtliche Ausweis über den mexikanischen Außenhandel im zweiten Semester 1913 liegt jetzt vor und zeigt zum erstenmal recht deutlich die Wirkungen der Revolution. Die Einfuhr ist nämlich, verglichen mit derselben Periode 1912, um volle 9 Millionen Pesos auf 30 1/2 Millionen, die Ausfuhr aber um nicht weniger als 30 1/2 Millionen, 124 1/2 Millionen gefallen. Besonders hervorzuheben ist der Umstand, daß die Kosten des Importaufschlags fast ausschließlich Nordamerika trägt; denn von dort wurden um 8 Millionen weniger als im Vorjahr eingeführt, von Deutschland dagegen wurden sogar um 210 872 Pesos mehr, nämlich 12 82 Millionen, Waren bezogen.

### Letzte Drahtberichte.

Der gothaische Landtag an den Herzog.

# Gotha, 28. April. (Fig. Drahtbericht) Der gothaische Landtag hat heute an den Herzog folgende Eingabe gerichtet: „Die Nachricht, daß Staatsminister Dr. v. Richter seine Entlassung aus dem Staatsdienst erbeten hat, erfüllt die weitesten Kreise der Bevölkerung mit großer Sorge. Hat es doch der Herr Minister verstanden, in seiner Amtsfähigkeit alle ihm anvertrauten Interessen erfolgreich zu vertreten und zu fördern. In der Gewißheit, daß sie damit den lebhaft ausgesprochenen Wünschen der Landesbevölkerung entsprechen, bitten Eure Königl. Hoheit die unterzeichneten Mitglieder des Landtags, in der Sache, die das Entlassungsgesuch veranlaßt haben, eine Entscheidung zu treffen, die es dem Minister ermöglicht, in Ehren weiter zum Segen des Landes zu wirken.“ Die Eingabe ist von sämtlichen bürgerlichen Abgeordneten, also sowohl von liberalen als konserverativen, unterzeichnet. Nur die Sozialdemokraten haben die Eingabe nicht unterschrieben. — Der Herzog hat seine Reife in Italien unterbrochen und trifft morgen hier ein.

Verbot der Heiratvermittlung der Offiziere.

\*\* Berlin, 28. April. Die Heiraten der Offiziere behandelt ein kaiserlicher Erlass, in dem es u. a. heißt: „Es ist Tatsache, daß die aktiven Offiziere Heiratsvermittler stark in Anspruch nehmen. Um dem zu steuern, ist ein Geheimverbot her-

ausgelassen, der den Offizieren der Armee und der Marine jedoch zur Kenntnis gebracht wurde. Er erklärt, daß jeder Offizier, der sich in Zukunft an Heiratsvermittler wendet, mit schlichtem Abschied entlassen werden soll. Gleichzeitig werden in dem Erlass eine Anzahl deutscher Heiratsvermittler namhaft gemacht, vor denen speziell gewarnt wird.

Die Denkschrift über den Geburtenrückgang.

S. Berlin, 28. April. (Fig. Drahtbericht) Eine Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückgangs ist fertiggestellt und wird voraussichtlich im nächsten Monat dem Parlament zur Kenntnisnahme zugehen. Die umfangreiche Denkschrift soll einer besonderen Kommission von Sachverständigen überwiesen werden.

Der dritte türkische Dreadnought.

wb. Konstantinopel, 28. April. Einem Trade des Sultans zufolge wird der dritte Dreadnought, dessen Bestellung bei der Firma Armstrong bestätigt wird, „Sultan Mehmed Fatih“ heißen. Die Bestellung wurde gestern abend bekanntgegeben. Außerdem wurden einige Kreuzer, Unterseeboote und Torpedoboote bestellt. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Dreadnoughts „Sultan Osman“ und „Mehadie“ in zwei Monaten in den türkischen Gewässern sein werden.

Nur noch eine Entschädigungsklage wegen Inhaftierung im Bandurenkeller in Sabern.

wb. Sabern, 28. April. Von den gegen den Militärkassenscheinerzeitlers in dem Bandurenkeller inhaftiert Geisefenen angestrenzten Entschädigungsklagen ist jetzt nur noch eine einzige hier anhängig, nachdem alle erhobenen Ansprüche bis auf diesen einen durch Abfindungen erledigt sind.

Ein Berliner Chauffeurstreik.

wb. Berlin, 28. April. Die Zahl der streikenden Chauffeure beträgt jetzt wieder über 1000. Die Einigungsverhandlungen vor dem Berliner Gewerbegericht werden fortgesetzt.

wb. Böttingen, 28. April. In Orlschhausen geriet der Förster Laubach mit Wilderern in einen Kampf, in dessen Verlauf der Förster erschossen wurde.



Die junge Mutter ist oft im Zweifel, welche Nahrung sie dem Kinde nach der Entbindung geben soll. Milch mit „Kufete“ ermöglicht das beste Gedeihen des kindlichen Körpers, denn der Zusatz von „Kufete“ zur Milch erhöht deren Nährwert, und die „Kufete“-Suppe wird von Kindern gern genommen und gut vertragen. F 61

### Die Kultur verfeinert sich ohne Frage

Selbst die Ernährungs- und Heilmittel müssen sich dieser Tatsache anpassen und die Zahl der Dinge, die man heute in konzentrierter Form haben kann, ist gar nicht zu übersehen. Fast achte Söbener Mineral-Bastillen sind auf diesem Wege schon vor mehr als 25 Jahren vorangegangen. Sie bieten gleichzeitig die mobilitätigen Kräfte der Söbener Gemeinde-Beilagen Nr. 3 und 18 in konzentrierter und fester in bequemer Form dar, und sie danken dieser ihrer Eigenschaft ihren Weltruf. Man achte stets auf den Namen Naut! Die Schachtel kostet nur 85 Pf. F 114

## Handelsteil.

Banken und Geldmarkt.

w. Disconto-Gesellschaft in Berlin und A. Schaaffhausenscher Bankverein in Köln. Berlin, 28. April. (Fig. Drahtbericht) Gelegentlich der Durchführung dieses ganzen Geschäftes wird eine Anzahl von Mitgliedern der Verwaltung der Disconto-Gesellschaft in den Aufsichtsrat des A. Schaaffhausenschen Bankvereins übertreten. Ebenso werden Mitglieder seines Aufsichtsrats in den Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft eintreten. Das Vorstandsmitglied des A. Schaaffhausenschen Bankvereins Dr. Fischer-Berlin wird Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft und verbleibt zugleich im Vorstände des A. Schaaffhausenschen Bankvereins mit dem Sitze in Köln. Die Vereinigung Disconto-Gesellschaft — Schaaffhausen soll, wie verlautet, durch Geh. Kommerzienrat Louis Hagen (Aufsichtsratsmitglied des A. Schaaffhausenschen Bankvereins) zur Perfektion gelangt sein. An Vermittlergebühren sind, wie es heißt, 750 000 M. zu zahlen. Geh. Rat Hagen hat schon früher wiederholt große Fusionen usw. zustande gebracht, so z. B. der Nordstern-Zeichen mit dem Phönix, den Verkauf des Kalibergwerks Heroyme an den preussischen Staat und die Transaktion A. E.-G. Velten, Gußmaume-Lahmeyer-Werke.

Dresdner Bank. An der Börse waren Gerüchte verbreitet, nach denen die Dresdner Bank beabsichtigen sollte, die Rheinische Bank in Essen und die Märkische Bank in Bochum zu übernehmen. Dazu teilt die Dresdner Bank der „Zig.“ mit, daß die erwähnten Kombinationen jeder Grundlage entbehren, die Dresdner Bank verhandelt nicht wegen der Übernahme eines anderen Instituts.

Der Vorschlag der österreichischen Banken an Bulgarien wurde bis Oktober verlängert. Es handelt sich hierbei um die im November 1913 mit einem österreichisch-ungarischen Bankenkonsortium abgeschlossene Schatzwechselanleihe von 30 Mill. Fr. Diese Schatzwechsel waren mit 6 Proz. verzinslich und in einem halben Jahre fällig, wobei aber das Konsortium die Verpflichtung einer einmaligen Verlängerung übernommen hatte. Die Rückzahlung des Vorschusses soll aus dem Erlös der neuen bulgarischen Anleihe erfolgen.

Berliner Nachbörse.

Table with 4 columns: Name, Rate, Name, Rate. Includes entries like Kanada, Orientbahn, Rhein. Stahlw., etc.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 28. April. Kurse von 1 1/4 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 193 1/4, Disconto-Commandit 187 1/2 a 7/8, per Mai 188.— a 188 1/2, Dresdner Bank 150 1/4, Petersb. Int. Handelsbank per Mai 183 1/2, Staatsbahn 153 1/2, Lombarden 20 1/2 a 1/4, per Mai 20 1/2, Baltimore und Ohio 87 1/2, Schantung —, Pakefahrt per Mai 128 1/2, Nordd. Lloyd per Mai 111 1/2 a 112.—, Deutsch-Luxemburger —, Phönix 235 1/2, per Mai 235 1/2, Edison per Mai 232 1/2.

### Industrie und Handel.

\* Ludwigshafener Walzmühle, A.-G. In der gestrigen Generalversammlung wurde die Kapitalerhöhung von 1.20 Mill. M. durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit nicht kumulativer Vorzugsdividende bis zu 6 Proz. einstimmig genehmigt. Über die Aussichten wurde mitgeteilt, daß der Verbrauch im ersten Vierteljahr zwar zu wünschen übrig ließ und daß auch der Handel eine gewisse Zurückhaltung beobachtet, indessen glaube man doch, von dem begonnenen Geschäftsjahr einen normalen Verlauf erwarten zu dürfen.

\* Die Archinger A.-G. in Berlin schlägt aus einem Reingewinn von 524 143 M. (522 981 M.) wieder 8 Proz. Dividende vor.

\* Neckarwerke, A.-G., Eßlingen. Von den 10 Mill. M. Stammaktien des Unternehmens gelangen am 4. Mai 2 Mill. Mark zu 115 Proz. zur Zeichnung.

\* Maschinenfabrik Esslingen. Aus 615 346 M. (684 963 M.) Überschub wird eine Dividende von 5 Proz. (wie i. V.) vorgeschlagen. Die zurzeit vorliegenden Aufträge belaufen sich auf 15 Mill. M. (am 31. Juli 1913 ebenfalls 15 Mill. M.).

\* Deutsche Selvay-Werke A.-G., Bernburg. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) vorgeschlagen.

\* Hackethal Draht- und Kabelwerke. In der Generalversammlung, welche die Dividende auf 16 Proz. festsetzte, bezeichnet die Verwaltung die Aussichten als günstig; eine Kapitalerhöhung sei beabsichtigt.

\* Die Konsolidierten Alkaliwerke Westeregeln erzielten einen Reingewinn von 2 588 515 M. (2 585 524 M.), woraus auf die Vorzugsaktien die Maximaldividende von 4 1/2 Proz. und auf die Stammaktien wieder 13 Proz. Dividende verteilt werden sollen.

### Verkehrswesen.

\* Kanada-Pacifio-Bahn. Der Präsident der Bahn äußerte sich bezüglich des Kursrückganges der Kanadaktien (vergl. Berliner Börsenbericht in der gestrigen Abend-Ausgabe) dahin, daß dieser nicht mit irgendeiner Verminderung der Dividende in Zusammenhang zu bringen sei. Die Verhältnisse der Bahn seien so gut wie niemals.

\* Österreichische Südbahn. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Südbahn über die Sanierung werden in den nächsten Tagen abgeschlossen. Die Vertreter der Südbahn und die Kuratoren der Prioritäten reisen nach Paris, um dort die Annahme des geänderten, aber in wesentlichen Punkten nicht modifizierten Sanierungsabkommens durch Prioritäten zu erzielen.

### Versicherungswesen.

\* Eine neue Fusion im Versicherungswesen. Zwischen den Vorständen der Vaterländischen Feuer-Versicherungs-A.-G. in Eberfeld und der Rhenania-Versicherungs-A.-G. in Köln, ist unter Zustimmung der Aufsichtsräte der beiden Gesellschaften ein Verschmelzungsantrag zum Abschluß gekommen. Die Gesellschaften bezwecken hiermit eine besonders starke, alle Branchen der Sachversicherung betreibende Gesellschaft zu schaffen. Die Vereinigung soll in der Weise durchgeführt werden, daß die „Vaterländische“ ihr Kapital um 2 Mill. M. durch Ausgabe von 2000 neuen Aktien mit 25 Proz. Einzahlung erhöht, und die Aktionäre der „Rhenania“ neben der Auszahlung der Dividende pro 1913 mit 135 M. pro Aktie gegen Einlieferung einer „Rhenania“-Aktie eine der neuen Aktien der „Vater-

ländischen“ von 1000 M. sowie eine Barzahlung von 120 M. pro Aktie erhalten. Nach durchgeführter Vereinigung der beiden Gesellschaften wird das Aktienkapital 8 375 000 M. mit 25 Proz. gleich 2 093 750 M. Einzahlung betragen. Die Firma der Gesellschaft wird lauten: „Vaterländische“ und „Rhenania“, Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften A.-G.“ Der Aufsichtsrat der Gesellschaft (die ihren Sitz in Eberfeld und eine Zweigniederlassung in Köln haben wird) setzt sich aus den bisherigen Aufsichtsratsmitgliedern der beiden Gesellschaften zusammen, und die Direktion wird aus den bisherigen Vorstandsmitgliedern beider Gesellschaften gebildet. Die Prämien Einnahmen der beiden Gesellschaften haben im letzten Geschäftsjahre insgesamt 21.6 Mill. M. betragen; die verschiedenen, bilanmäßig ausgewiesenen Reserven stellen sich auf 27.3 Mill. M., und die Kapitalanlagen belaufen sich insgesamt auf 29.6 Mill. M.

\* Viktoria, Feuerversicherungs-A.-G. Die Kapitalerhöhung wird nunmehr einer außerordentlichen Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Es ist beabsichtigt, das Aktienkapital von 6 Mill. M. auf 12 Mill. M. zu erhöhen.

### Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 17. bis 27. April 1914.

Table with 3 columns: Dampfer, Herkunft bzw. Reiseziel, Ankunft bzw. Weiterfahrt. Includes entries for Noordam, Nieuw-Amsterdam, Rotterdam, etc.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Sonntagsbeilage „Der Roman“.

Abdruck: H. Orgelberg.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Dreger; für den literarischen Teil: H. Ziefenbach; für den Sport und den allgemeinen Teil: H. Ziefenbach; für den Anzeigen- und Reklamenteil: H. Ziefenbach; für den Anzeigen- und Reklamenteil: H. Ziefenbach; für den Anzeigen- und Reklamenteil: H. Ziefenbach.

Druck: H. Ziefenbach, 10 1/2 1/2 Uhr, in der politischen Abteilung von 10 1/2 1/2 Uhr.







auffeherregende Artikel der „St. Louis Times“ über die Beziehungen zu Russland legt den Wunsch nahe, daß die Regierung in ihren halb-offiziösen Beziehungen zu einzelnen Blättern vorsichtiger sein sollte. Allerdings sind die deutschfeindlichen Untertöne in der russischen Presse sehr viel stärker als die russenfeindlichen in der deutschen. Die freundlichen Beziehungen zu England haben bisher noch zu keinen positiven Ergebnissen geführt.

Ein Nationalliberaler gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Auswärtige Amt der Legende entgegengetreten sei, daß das Deutsche Reich grundsätzlicher Gegner der Schiedsgerichtsverträge sei. Es wäre gut, wenn man dieser Legende auch in der Öffentlichkeit nachdrücklich entgegenträte. Erwünscht wäre eine Mitteilung über den Stand der Verhandlungen, betreffend die Londoner Seedecklaration.

Ministerialdirektor Krieger erwiderte, daß Deutschland bereit sei, beide Abkommen zu ratifizieren, zumal ja die Anregung von Deutschland selbst ausgegangen sei. Die Schwierigkeiten liegen nicht bei Deutschland, sondern bei dem englischen Oberhause. Die deutsche Regierung steht einer dritten Haager Friedenskonferenz durchaus sympathisch gegenüber.

Ein Sozialdemokrat bezweifelte wiederholt, daß der Dreibund sich bewährt habe. Es sollte endlich einmal mitgeteilt werden, wozu eigentlich der Dreibund Deutschland verpflichtet. Bedauerlich bleibt es, daß Deutschland die grundsätzliche Zustimmung zu einem Weltfriedensvertrag nicht gegeben habe.

Unterstaatssekretär Zimmermann erklärte auf eine Anfrage bezüglich des russischen Wunsches, einen Vertreter in der Dette Publique zu erhalten, daß Russland bisher mangels eigener Gläubigerinteressen einen Platz in der Dette Publique nicht habe. Die in ihr zurzeit vertretenen Mächte sind an der Schuldverwaltung lediglich in Wahrnehmung von Gläubigerinteressen ihrer Stammesangehörigen beteiligt. Die Verhandlungen über die russischen Wünsche schweben noch. Der deutsche Standpunkt, der auch von anderen Mächten geteilt wird, ist der, daß der bisherige unpolitische Charakter der Dette Publique tunlichst erhalten bleibt.

Auf eine nationalliberale Anfrage erklärt der Ministerialdirektor noch, daß Verhandlungen über die portugiesischen Einfuhrzölle nicht geführt werden, und daß bei der Verhandlung über die Petroleumkonzession die deutschen Interessen durchaus gleichmäßig im Verhältnis zu den englischen gewahrt werden. Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen.

**Der deutsche Protest gegen den finnischen Mehlzoll.**

\* Petersburg, 28. April. Aus Regierungskreisen wird bestätigt, daß Deutschland gegen den Zoll auf nach Finnland zu exportierendes Mehl Protest erhoben hat. Diese Angelegenheit dürfte demnächst den Ministerrat beschäftigen, jedoch ist ein Erfolg des Protestes nicht wahrscheinlich.

**Die Ulsterkrisis.**

**Eine geharnischte Erklärung der Regierung vor dem Unterhaus.**

wh. London, 28. April. Chamberlain warf einen Rückblick auf die mit dem angeblichen Anschlag gegen Ulster zusammenhängenden Ereignisse und erklärte, die von der Regierung abgegebenen Erklärungen seien unrichtig in den Einzelheiten und als Ganzes unglauwürdig. Er fordere deshalb eine umfassende unparteiische gerichtliche Untersuchung.

Der erste Lord der Admiralität Winston Churchill erklärte, dieses sei das kühnste Tadelsvotum und die unerschämteste Forderung nach einer Untersuchung, die jemals vorgekommen sei. Carson und Craig seien eben erst von ihren kriegerischen Heldentaten zurückgekommen, um eine gerichtliche Untersuchung über die Haltung der Leute zu fordern, welche für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verantwortlich seien. Dies ähnele sehr einem Tadelsvotum von Verbrechern gegen die Polizei.

Er wünsche vollkommen klar zu stellen, daß die Regierung, wenn es zu einem Aufstand käme, diesen niederschlagen würde,

wenn es zu einem Bürgerkriege kommen würde, daß sie ihr Bestes tun würde, ihn zu unterdrücken. (Beifall bei den Ministerialen.) Es würde weder einen Bürgerkrieg noch einen Aufstand geben, wenn er nicht durch Ulster herbeigeführt würde. (Beifall bei den Ministerialen.) Er bitte das Haus, zu versuchen, zu einer besseren Lösung zu kommen. Er lenke die Blicke des Hauses auf die Wirkung, welche seine Entschlüsse im Ausland haben würden. In jedem befreundeten Lande herrsche Sorge bei der Vorstellung, daß eine Macht, welche das europäische Gleichgewicht darstelle, zeitweilig erschüttert werden könnte. Natürlich wüßte das Ausland nicht, daß im Falle von äußeren Schwierigkeiten oder einer von außen kommenden Drohung alle inneren Schwierigkeiten verschwinden würden. Warum könnte das nicht auch geschehen, wenn an die Freundschaft im Innern appelliert würde? Carson würde im Falle eines stompfes große Gefahr laufen. Deshalb will er nicht einige Gefahr um des Friedens willen laufen? Heute liegt ein ehrenvoller Frieden nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, morgen aber kann es damit schon für immer vorbei sein. Deshalb kann nicht Carson tapfer sagen: Gewähren Sie mir meinen Abänderungsantrag zur Home-Rule-Bill, um die Würde und das Interesse Ulsters zu wahren, das ist der Anschlag Ulsters. Und zur Vergeltung will ich all meinen Einfluß und guten Willen verwenden, um Irland zu einer vollkommenen Einheit in einem föderativen System zu machen. Wenn Carson dieses sagte, so würde er einen großen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Lage haben, und jedermann würde verpflichtet sein, seine Stellung in diesen wichtigen Dingen noch einmal zu überlegen. Wenn eine solche Sprache geführt würde, so würde der Weg des Hasses, den man so lange vor Augen gehabt hätte, einer helleren und schöneren Aussicht Platz machen und würde anstatt Schande allen Beteiligten Ehre bringen.

**Ein neuer Waffenschmuggel.**

wh. London, 28. April. Nach einem Telegramm aus Londonderry ist in den letzten drei Nächten bei Donegal in Irland ein Dampfer beobachtet worden, der schließlich in Loughshinny anließ, nachdem er die Ladung auf ein Fischerboot übergeführt hatte. Die Nationalisten von Londonderry erklären, daß der Dampfer Waffen für die irischen Nationalisten-Freiwilligen aus Amerika herübergebracht habe. — Eine Infanterieabteilung mit Maschinengewehren ist gestern nach Londonderry abgegangen.

**Die „Bedingungen“ für die Offiziere!**

wh. Belfast, 28. April. Die hiesigen Unionisten haben erfahren, daß die Offiziere der Regimentier, die am letzten Sonntag Befehl erhielten, nach Ulster zu gehen, die Bedingungen zu erfahren verlangten, unter denen sie dort Dienst zu leisten haben würden. Sie weigerten sich sofort, kriegerische Schritte dort zu unternehmen. Man erklärte ihnen, daß nichts geschehen solle, was die Ulsterfreiwilligen reizen könnte und daß alles friedlich bleiben würde, so lange die Freiwilligen nicht zuerst feuern. Die Regimentier sind bisher noch nicht abgegangen.

**Die mexikanischen Wirren.**

**Der Vermittlungsvorschlag Lateinamerikas an Huerta.**

\* London, 29. April. Die „Daily Mail“ meldet aus zuverlässiger Quelle, daß gestern die diplomatischen Vertreter der „ABC-Mächte“ an Huerta den ersten Vermittlungsvorschlag gemacht hätten. Sonderbarerweise wird in der Note die von Amerika geforderte Entschuldigung gar nicht erwähnt, sondern man fordert zunächst, daß Huerta sich mit seinen inneren Gegnern, den Rebellen, einigt und den inneren Frieden herstellt. Huerta wird weiterhin ersucht, den Ort zu einer Konferenz mit Villa und Carranza umgehend zu bestimmen. Man sei überzeugt, so heißt es, daß man hiermit einem Wunsch der Rebellen generelle entspricht. Wie weiter gemeldet wird, sollen sich die Gesandten Deutschlands, Frankreichs und Englands diesem Vermittlungsvorschlag angeschlossen haben. Die kriegerischen Rüstungen werden jedoch bis auf weiteres nicht unterbrochen. — Weiter ist eine Anzahl weiterer Schlachtschiffe nach der mexikanischen Küste abgegangen.

**Die Annahme der Vermittlung durch Huerta.**

\* Washington, 28. April. Der spanische Botschafter Riano teilte dem Staatssekretär Bryan mit, daß Huerta im Prinzip die Vermittlung bedingungslos angenommen habe, die nun von ganz Südamerika sowie von den euro-

päischen Großmächten unterstützt werde. Es ist noch unbestimmt, in welcher Weise die Verhandlungen nach Annahme der Vermittlung geführt werden sollen. Der scharfe Gegensatz zwischen den Forderungen der Union und dem Standpunkt Huertas stimmt die politischen Kreise skeptisch trotz der hoffnungsvolleren Versicherungen der vermittelnden Diplomaten. Große Befriedigung empfindet man hier darüber, daß der Auszug der Amerikaner aus Mexiko gesichert erscheint.

**Huertas Haltung.**

\* Paris, 29. April. Der hier erscheinende „New York Herald“ meldet aus Veracruz über die Haltung Huertas: Ein Flüchtling aus Mexiko, ein ehemaliger Redakteur an der Regierungszeitung „Imparcial“, erklärt, daß Huerta unter keinen Umständen seine Demission einreichen werde. Huerta habe mehrfach erklärt, daß er es vorziehen werde, die Hauptstadt Mexiko zu räumen und sich mit seinen Truppen ins Gebirge zurückzuziehen. Die Vermittlungsvorschläge der südamerikanischen Republiken würden von keinem Erfolge begleitet sein.

**San Juan de Ulloa von den Amerikanern erobert.**

\* Veracruz, 28. April. Amerikanische Truppen landeten auf der im Golfe von Veracruz liegenden Insel San Juan de Ulloa. Nach kurzem Kampfe wurden die mexikanischen Truppen vertrieben und die Amerikaner setzten sich in den Besitz des auf der Insel befindlichen Forts. In den Kasernen fanden die Amerikaner eine große Anzahl dort von Huerta internierter politischer Gefangener in einem schrecklichen Zustande vor. Unter ihnen befand sich ein Schwager des ermordeten Präsidenten von Mexiko, Rodero, und einer der bestbekanntesten Gelehrten Mexikos, der Geschichtsforscher Ignacio Calderon, der wegen seiner Gegnerschaft gegen Huerta zu lebenslänglicher Kerkerhaft verurteilt war.

**Die militärischen Maßnahmen Mexikos.**

\* Veracruz, 29. April. Hier sind Nachrichten eingetroffen, daß sich die mexikanischen Bundesstruppen unter dem Befehl des Generals Maah weiter auf dem Rückzug befinden und bereits Soledad geräumt haben. Die von ihren Erkundungsflyern zurückgekehrten Aeroplane der Amerikaner melden den Rückzug der Feinde in nordwestlicher Richtung. General Maah läßt auf seinem Rückzug die Eisenbahnlinien zerstören. Wie man annimmt, werden die Mexikaner, die bedeutende Verstärkungen erhalten, sich sammeln, um eine größere Aktion einzuleiten.

**Erschießung von Nordamerikanern.**

R. Veracruz, 28. April. Nach einer Meldung, die noch der Bestätigung bedarf, sind wieder sechs Amerikaner aus dem Gefängnis von Cordoba genommen und erschossen worden. Ein Amerikaner soll in Casa Malenpan getötet worden sein.

**Rettung von Amerikanern durch englische Matrosen.**

wh. Washington, 28. April. Konteradmiral Mayo berichtet: Der britische Konteradmiral Cradock hat eine Abteilung Marineinfanterie unter Major Clark von Tampico 40 englische Meilen landeinwärts nach Orangeville geschickt, um acht Nordamerikaner an die Küste zu geleiten. Die Abteilung wird abends zurückerwartet.

**Die Lage der Deutschen.**

Berlin, 28. April. Nach hier eingetroffenen amtlichen Meldungen soll, wie der „B. L. A.“ erfährt, für die Deutschen in Mexiko keine Gefahr bestehen. Es ist bis jetzt auch keiner an Leib oder Gut geschädigt worden. In den letzten Tagen ist eine Anzahl Deutscher von den besonders bedrohten Punkten des Innern Mexikos an andere sichere Plätze befördert worden, so, wie gemeldet, 90 Deutsche aus der Stadt Mexiko in vier Eisenbahnzügen an die Küste sowie eine geringere Zahl von Landeuten aus Chihuahua und Torreón in die tezanische Grenzstadt El Paso. Seitdem haben sich nur noch vereinzelte deutsche Reichsangehörige bei den Vertretern Deutschlands gemeldet, um an anderen Orten in Sicherheit gebracht zu werden.

**Der Dank der amerikanischen Regierung für die deutsche Hilfe.**

\* New York, 29. April. Staatssekretär Bryan drückte gestern inoffiziell dem deutschen Botschafter in Washington den Dank der Union für die Rückberufung des „Piranga“ und die tatkräftige Hilfe des Kreuzers „Desden“ bei der Rettung der Amerikaner in Tampico aus und wiederholte bald darauf den Dank offiziell.

**Feuilleton.**

**Russ Kunst und Leben.**

— Tanz. Gertrud Falke, die Tochter des bekannten Dichters Gustav Falke, trat gestern Abend im Kasinoaal (auf einer nicht gerade sehr stimmungsvollen Bühne) als „Tänzerin“ auf; sie folgt natürlich der modernen Richtung auf diesem besonderen Kunstgebiet. Die klassische Anmut und der graziose Schwung der Körperhaltung ist in seßhaftem Sinne zu mehr pittoresken Linien gewandelt, die das Charakteristische gern gegen das Ästhetisch Schöne — im älteren Sinne — hervorheben. Den Charakter aber bestimmt die Musik, deren inneren Gehalt und deren geheimnisvolle Wechselbeziehungen mit der Pantomimik uns die Tänzerin zu offenbaren trachtet. Wesentlich Neues bot Gertrud Falke wohl nicht; die Duncan, die Sachetto, die Wiesenbals hübsigen ähnlichen Prinzipien; Gertrud Falke ist vielleicht noch um einige Grade musikalisch-feinfühligere: ihr Spruch die Musik wirklich bis in die Fuß- und Fingerspitzen. Die äußere Erscheinung der Tänzerin konnte heutzutage kaum noch übersehen werden: das hagere Antlitz von glänzend schwarzen Haaren umrahmt — in fast archaischer Startheit; ein leichtes, am Hals geschlossenes Lustgewand läßt Arme, Beine und Füße nackt. Die feinen Glieder aber sind voll melodischer Bewegung in jeder Gebung, Bewegung und Schwebung, vom leisen fahnenartigen Schleichen bis zu manadenhafter Wildheit. Gertrud Falke „tanzt“ zunächst Kompositionen von Grieg (bräunlich-violetter Ton des Gewandes): in schwachender Hingabe die „Arietta“, in garter Beladung den „Walzer“; in vergnügten Stellungen die „Perceuse“. Chopin wurde in Weiß und Blau getanzt — Farben haben auch ihre Note —; der „Walzer“ voll weicher Elastizität; das „P. No. 10-Rocourne“ in merkwürdig edigen Profilen, die mit dem innig-lebensschafflichen Geist der Komposition nicht leicht in Einklang zu

bringen waren; doch mit besonders feinführender Steigerung der Triolen-Mittelfuß! Mattgott — war für den feurig intendierten Walzer von Dvorsz und Schubert „Nostalgien“ Walleit gewählt; in letzterem erschien der wechselnde Charakter der Motive äußerst glücklich in der Nachschöpfung getroffen. In lila Kostüm — diesmal mit Schuh und Strümpfen — wurden einige Nummern aus dem „Karnaval“ von Schütt getanzt, darunter die „Colombine“ vorzüglich gelang; die müden, schleifenden Schritte ganz Schmerz und Trauer! „Polkainell“ sprang led und bagabundisch einher; „Caprice“ — irrwischhaft flackernd. Deethovens „Grossaie“ — in Biebermeierlichem Kolorit; wühende Jöpschen; ein Blumenkränzlein im Har; zierlamere Flüge in der Haltung — beachte der jungen musikalischen Tanzportin oder poetischen Musikdancerin ebenfalls reichen Beifall. Am Klavier wirkte Fräulein Martha Schneider: sympathischer Anschlag, technische Sicherheit, echt musikalischer Ausdruck waren damit gewährleistet. O. D.

**Kleine Chronik.**

Theater und Literatur. Der erfolgreiche Verfasser des humoristischen Romans „Die vier Ehen des Matthias Werenus“, Karl Hans Strobl, hat beim Koblenz-Preis ausgeschrieben von Reclams Universum den ersten Preis erhalten. Der von Leopold Hirschberg gestiftete 1000-Mark-Preis des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller für abendfüllende Bühnenvorwerke ist Dr. Walter Carlan für seine Tragödie „Das Nürnbergische Ei“ ausgesprochen worden. Am 27. ds. begann die Schauspielerin Frau Emma Teller-Hadelmann, das langjährige Mitglied des Stadttheaters in Rön, ihr 50-jähriges Bühnenjubiläum. Achtzehn Jahre gehörte sie dem Weinger Hoftheater an und errang sich auf den berühmten Gastspielen der Weinger einen bedeutenden Namen. In jugendlicher Frische ist die Kubilatin noch heute eine bewährte Stütze des Rönner

Theaters. Sie hat sich auch auf sozialem Gebiet betätigt; so war sie es, welche die „Garderobenkammer“ für jüngere, unbemittelte Schauspielerinnen ins Leben gerufen hat und ihr noch vorsteht.

Bildende Kunst und Musik. Die Verwaltung der Kuranstalt Marienberg in Woppard hat, wie man mitteilt, drei aus dem 14. Jahrhundert stammende, in Stein gehauene Grabdenkmäler der Ritter Weber von Woppard, des Ältesten Wopparder Geschlechts, für 12000 M. an das Kaiser Friedrich-Museum in Berlin verkauft.

Wissenschaft und Technik. Für den diesjährigen Naturforscher und Arztetag, der vom 21. bis 25. September in Hannover stattfindet, ist soeben das vorläufige Programm aufgestellt worden, das erkennen läßt, daß auch diesmal die Versammlung eine große Reihe interessanter wissenschaftlicher Fragen beschäftigen wird. Es werden sprechen: B. Hellwach (Karlsruhe) über „Die kosmische Abhängigkeit des Seelenlebens“, O. Zummer (Breslau) über „Die Verflüssigung des Kohlenstoff“, W. Werdhagen (Halle a. d. S.) über „Wehrmaßnahmen des Organismus gegen blutfremde Stoffe“, Schüb (Berlin) über „Die Serodiagnose in der Veterinärmedizin“, Koch (Hamburg) über „Tropenmedizinische Fragen von allgemeiner Bedeutung“, Tacke (Dresden) über „Die Entstehung und Kultivierung der Moore“, Wegener (Marburg a. d. L.) über „Die Durchquerung Grönlands unter Hauptmann Koch 1912/13“, Stille (Göttingen) über „Das Zehnteiljahr im tektonischen Bilde des deutschen Bodens“, H. Ziegler (Stuttgart) und Derler (Prag) über „Probleme der Tierphysiologie“.

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Chemiker ist für Anfang Juni in Bonn angesetzt worden. Die umfassende Tagesordnung sieht Vorträge von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Haber, Privatdozent Dr. Bergius, Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Anshüh und Professor Dr. Strauß vor.



Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten. Der Berliner Bürgermeister Dr. Georg Reiche ist zum Geheimen Regierungsrat ernannt worden.

Rückkehr des Prinzen und der Prinzessin Heinrich. Prinz und Prinzessin Heinrich sind gestern Abend aus Südamerika an Bord des transatlantischen Dampfers „Kap Trafalgar“ in Boulogne angekommen.

Über die Novelle zur Besoldungsvorlage der Reichsbeamten hatte der Reichsjustizsekretär gestern längere Besprechungen mit den Führern sämtlicher Parteien.

Die Kommission für den städtischen Immobilienkredit, die, wie mitgeteilt wurde, vom Reichsfinanzminister berufen worden ist, hat sich gestern im Reichstag konstituiert.

Ein englischer Fischräuber. Das Fischereischiffboot „S 61“ brachte bei Baltum den englischen Fischdampfer „Suncloud“ aus Grimsby beim unerlaubten Fischen immerhalb der Fischereigrenze auf.

Der Berliner Chauffeurstreik verloren. Die Chauffeure, die bisher streikten, nahmen heute die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder auf.

Parlamentarisches.

Keine Schließung, sondern Vertagung des Reichstags. Wie der „Vol.-Anz.“ zuverlässig hört, beabsichtigt die Regierung nicht, den Reichstag vor Pfingsten zu schließen.

Eine sozialdemokratische Anfrage betr. Dienstüberanstörungen im Straßburger Infanterie-Regiment Nr. 143. Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstag folgende kurze Anfrage eingebracht worden: „Mit dem Reichsfinanzminister ist bekannt, daß das Infanterie-Regiment Nr. 143 in Straßburg während der letzten Wintermonate bei strenger Kälte und bei tagelanger anhaltender Regenwetter zu Feldübungen im Gelände bei ununterbrochener fünfjähriger Dauer kommandiert worden ist.“

Heer und Flotte.

60jähriges Dienstjubiläum. Ein militärischer Lehrer des Kaisers, Generalmajor Otto v. d. Schulenburg, feiert heute am 29. April sein 60jähriges Dienstjubiläum.

Das Atlantikgeschwader vor Buenos Aires. Buenos Aires, 28. April. Zum Empfang des deutschen atlantischen Geschwaders haben sich der Marineminister Saenz Valiente und die Kommandanten Domini Garcia und Martin nach der Marineinfanterie begeben.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Anhaltende langsame Besserung im Befinden des Kaisers. Wien, 29. April. Die gestern eingetroffenen Nachrichten lassen eine weitere Besserung im Befinden des Monarchen erkennen.

Des Thronfolgers Reise zur Eröffnung der Delegationen. Wien, 28. April. Erzherzog Franz Ferdinand ist heute nach Budapest abgereist.

Die Heeres- und Marineforderungen vor den Delegationen. Budapest, 29. April. Gestern sind die Delegationen zusammengetreten.

Das Befinden Franz Kossuths. Budapest, 29. April. Das Befinden des Abgeordneten Franz Kossuth, der zeitweise ohne Besinnung ist, ist so ernst, daß seine Umgebung bereits mit dem Eintritt der Katastrophe rechnet.

Die Wahlen zum Tiroler Landtag. Innsbruck, 28. April. Gestern nahmen die Tiroler Landtagswahlen ihren

Anfang, die zum erstenmal auf Grund des neuen Wahlgesetzes stattfinden. Von 21 Mandaten der allgemeinen Kurie, die gestern zur Vergebung gelangten, fielen 9 den Christlichsozialen, 7 den Italiensch-Liberalen, 2 den Italiensch-National-Liberalen und den deutschen Sozialdemokraten.

Todessturz eines Militärfliegers. Wien, 28. April. Der Militärflieger Unteroffizier Wallh ist auf dem Flugfeld Wiener-Neustadt abgestürzt. Er war sofort tot.

Luxemburg.

Die französische Gesandtschaftsfahne gestohlen. Luxemburg, 28. April. Heute nacht wurde die Fahne der französischen Gesandtschaft von der Stange herabgeholt und gestohlen.

Frankreich.

Zwei Todesfälle. Paris, 28. April. Der französische Diplomat Revol, dessen schwere Erkrankung wir mitteilen, ist heute vormittag gestorben.

England.

Eine weitere Brandstiftung durch Wahlweiber. London, 28. April. Nach einem Telegramm aus Felixstowe in Suffolk ist dort das Rathhotel verbrannt.

Keine Änderung in der Tripelentente. London, 28. April. Der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey erklärte heute im Unterhause auf eine Anfrage, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß von irgendeiner Seite Forderungen bezüglich der Erweiterung der militärischen Gegenleistungen innerhalb der Tripelentente erhoben worden seien.

Vereinigte Staaten.

Sandstruppen gegen die Streitenden von Colorado. Washington, 28. April. Nach einer zweifelhafte Kabinettsbesprechung hat Präsident Wilson angeordnet, daß Sandstruppen nach Colorado entsendet werden.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

48. Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden.

(Fünfte öffentliche Sitzung.)

Der Präsident Dr. Humser eröffnet nach 9 Uhr die Versammlung mit geschäftlichen Mitteilungen. Abg. Dr. Voell (Frankfurt) berichtet sodann für den Finanzausschuss zu einem Antrag des Landesauschusses auf Erweiterung des Geschäftskreises der Kassauischen Sparkasse.

entsprechend vorgeschlagen, in das Kleinpflasterprogramm sämtliche Straßen mit einer Deckendauer bis zu etwa 10 Jahren aufzunehmen. Hiernach wären noch etwa 100 bis 120 Kilometer Bezirksstraßen mit Kleinpflaster zu belegen.

Eine late Brücktaube wurde heute vormittag bei einem Neubau an der unteren Dohheimer Straße aufgefunden. Sie trug einen Stempel, der jedoch undeutlich ist, und die Ziffern 01231 10. 17.



**Versteigerte Immobilienversteigerungen.** Vor dem Königl. Amtsgericht dahier erfolgte das Ausgebot des Wohnhauses Oranienstraße 34 hier selbst, von der Steuerbehörde geschätzt zu 122 000 M., von dem Feldgericht im Jahre 1907 zu 102 000 M. Das Höchstgebot mit 60 000 M. gab der Inhaber einer Hypothek von 25 000 M. ab. Rechte bleiben nicht bestehen. Für die Erteilung des Zuschlags ist Termin angelegt auf den 11. Mai. — Im weiteren kam zum Ausgebot der Wohnhaushalt der Eheleute Schreinermeister Ludwig Roth, Hochstraße 18, groß 1 Kar 1 Quadratmeter. Der von der Steuerbehörde geschätzte Wert beträgt 55 000 M., der Schätzwert des Feldgerichts aus dem Jahre 1906 50 000 M. Höchstbietende blieb die Witwe des Studiendirektors Hans Dornmann, Susanne, geb. Schlink, Kaiser-Friedrich-Ring 78, mit 19 000 M. bar. Bestehen bleiben Hypotheken in einer Gesamthöhe von 2475 M. 62 Pf. Frau Dornmann war Besitzerin einer Hypothek in Höhe von 40 000 M. Auch in dieser Sache ist zur Erteilung des Zuschlags Termin angelegt auf den 11. Mai.

**Eine Windhose** war am vergangenen Samstagmittag, wie uns nachträglich berichtet wird, im Welltrich zu beobachten, und zwar trat diese Naturerscheinung in solcher Stärke auf, daß aus einer Gärtnerei acht Mistbeetfenster etwa 30 Meter hoch in die Luft entführt und zerstückelt wurden. Es ist wohl anzunehmen, daß auf dem Wege, den diese Windhose genommen, noch weiterer Schaden angerichtet worden ist.

**Lebensmüde.** In einer hiesigen Pension erschof sich ein 68 Jahre alter Bulgare, der seit längerer Zeit hier als Kurgast weilte. Er hatte sich vorher seine Grabstelle auf dem Südfriedhof ausgesucht und auch seinen Grabstein bereits in Auftrag gegeben.

**Schaufensterdiebstähle.** In den letzten Tagen wurden im Geschäftsviertel mehrere Schaufenster erbrochen und in einem Fall Trikot- und Oberhemden sowie Selbstbilder gestohlen. In einem anderen Fall fielen den Dieben Oberhemden sowie einzelne Taschentücher und Manschetten zum Opfer.

**Meine Notizen.** Morgen Donnerstag findet Operetten- und Wasserabend des Kurorchesters statt. — Die Erneuerung der Hofe und Abhebung der Freileise zur 6. Klasse 4. Preussisch-Süddeutschen (200. Königlich-Preussischen) Klassenlotterie, deren Ziehung am 8. Mai bis 4. Juni stattfindet, hat bei Verlust des Anrechts spätestens bis Montag, den 4. Mai er., abends 6 Uhr, zu erfolgen. — In der Fortbildungsgesellschaft (Gewerbeschulgebäude) nehmen die Mitglieder an dem Fortbildungsunterricht (Mittwoch von 8 bis 9 Uhr abends) sowie an den Diskussionsübungen (Dienstag und Freitag von 9 bis 10 Uhr) teil, bezwecken stenographische Fortschritte und benutzen die Bibliothek. An den Übungen können sich auch Personen beteiligen, die ihre stenographische Fortbildung nicht in der Stenographischen Schule erhalten haben.

**Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.**

\* **Königliche Schauspiele.** Infolge Erkrankung des Herrn Forstschamer trat in der heutigen Vorstellung „Samson und Dalila“ Herr G. Becker vom Volkstheater in Darmstadt die Partie des „Samson“.

\* **Aufführung „Theater“ (Spielplan-Änderung.)** Samstag, den 2. April: „Die fünf Frankfurter“. Sonntag, den 3. April: „Aran“. Montag, den 4., nachmittags 4 Uhr: Gastspiel Direktor A. Houbaud mit englischem Ensemble: „The merchant of Venice“. Abends 7 1/2 Uhr: „Kammermusik“.

**Aus dem Vereinsleben.**

**Vorberichte, Vereinsversammlungen.**

\* Am Samstag dieser Woche, abends 7 Uhr, findet im „Frauenklub“ ein Frühjahrsfest statt, das letzte Fest der Winterferien.

**Provinz Hessen-Nassau.**

**Regierungsbezirk Wiesbaden.**

**Kreisparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei.**

— **Hörsheim a. M., 27. April.** Der Kreisparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei des 1. hessischen Reichstagswahlkreises fand gestern hier statt. Der Vorsitzende Dr. Zell begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der Lokalvereine und gab anschließend daran den Rechenschaftsbericht. Daraus war zu ersehen, daß zurzeit 25 Ortsgruppen bestehen und weitere in Aussicht sind. Die Vertreter der Ortsgruppen berichteten über die Tätigkeit des vergangenen Jahres, worin noch die Landtags- und Gemeinderatswahlen fielen. Parteisekretär Eduard Weicher schilderte hierauf die Arbeit im Wahlkreis. Seit 1. Oktober bis April fanden im Wahlkreis 29 öffentliche Versammlungen statt, der Parteisekretär hat in 24 derselben gesprochen. Ferner gelang es, neue Ortsgruppen in Anspach und Königstein zu gründen, sowie die eingeschlafenen Vereine in Bad Homburg und Hebdornheim neu zu beleben. Es sei zu bemerken, daß auch in landwirtschaftlichen Kreisen ein Umchwung zu unseren Gunsten Platz gegriffen habe. Wenn aber der Wahlkreis von uns je erobert werden solle, dann sei noch viel mehr persönlicher und finanzieller Opferwille der Parteifreunde in Stadt und Land notwendig. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, an der sich die Herren Böller, Justizrat Dr. Helff, Privatier Gahn, Kassierer Euler, Stadtrat Ziegenmeyer, Professor Reu und andere beteiligten. In der Beiratsfrage wurde ein Beschluß gefaßt, sämtliche Lokalvereine aufzufordern, bis zum nächsten Parteitag Beratungen und Abstimmungen vorzunehmen, in welcher Weise die Beiträge zu erhöhen sind. Es soll überall darnach getrachtet werden, den Mindestbeitrag nicht unter 2 M. zu setzen. Den Rassenbericht erstattete Kassierer Euler (Höchst), der durch die geringen Einnahmen, die in keinem Verhältnis zu den Ausgaben standen, Anlaß gab, den Wunsch auszusprechen, den Kreiswahlverein durch die einzelnen Ortsvereine mehr zu unterstützen. Hierauf fand eine vom Hörsheimer Verein veranstaltete Dampferfahrt auf dem Main statt, an welche sich ein gemeinsames Mittagessen anschloß. Nachmittags 4 Uhr fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Stadtverordneten Korff und Justizrat Dr. Helff Referate übernommen hatten. Korff sprach über „unser Verhältnis zu den politischen Parteien“, während Dr. Helff über „die politische Lage“ sprach. Beide Redner ernteten stürmischen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Dagegen zur Wahlrechtsfrage nachstehende Resolution angenommen: „Die am 20. April zu Hörsheim a. M. tagende, aus allen Teilen des 1. hessischen Reichstagswahlkreises besuchte öffentliche Versammlung hält es für eine unabwendbare Aufgabe der Regierung, eine schleunige und gründliche Reform des preussischen Landtagswahlrechts durchzuführen. Zum mindesten muß die geheime und direkte Wahl sowie eine den Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise herbeigeführt werden.“

m. Wiesbaden a. M., 28. April. Die heutige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich wiederum ausgiebig mit der Beratung des Haushaltungsvoranschlags. Dabei erklärte der Finanzausschuß, daß der Voranschlag an Übersichtlichkeit zu wünschen übrig lasse. Der Ausschuß habe in folgendem 16 Stunden zur Durchberatung gebraucht. Festgestellt wurde, daß aus den Forsten die Einnahmen zurückgingen. Da das Forsthaus im Wiesbadener Wald kein gutes Beispiel hat, sagte die Stadtverordneten-Versammlung den Beschluß, eine nahegelegene Quelle fassen zu lassen und von da aus gutes Wasser nach dem Forsthaus zu leiten. Man rechnet damit, daß dieses Wasser auch dem staatlichen Forsthaus Aulhausen, das ebenfalls schlechtes Wasser habe, zugute kommen könnte. Die Mittel zur Fassung und Leitung wurden bewilligt. Eine städtische Altertumsammlung soll errichtet werden. Als Grundstift wurde der Betrag von 200 M. eingestellt.

!! **Vord a. M., 28. April.** Beim Transport eines Möbelwagens verunglückt ist heute nachmittag in der Marktstraße der Fuhrmann Johann Weinheimer von hier. Als der mit zwei Pferden bespannte Möbelwagen die steile Marktstraße herunterfuhr, sprang Weinheimer auf die linke Seite des Wagens, um die Bremse zu bedienen, bei welcher Gelegenheit der Wagen auf der engen abschüssigen Gasse nach der linken Seite zu versiel und der Bedauernswerte zwischen dem Wagen und der Häuserfront eingeklemmt wurde. Er trug dabei derartige schwere Hautabwühlungen und auch innere Verletzungen davon, daß seine sofortige Überführung in das Krankenhaus erfolgen mußte.

— **Höchst a. M., 29. April.** Der Direktor des hiesigen Lyzeums, Professor Dr. Schürer, kann heute auf eine 25-jährige Tätigkeit im Schuldienst der Stadt Höchst zurückblicken.

— **Vom Main, 27. April.** Die überaus warme Witterung hat ein rasches Abblühen der Pflanzchen, Kirzchen und anderen Steinobstsorten zur Folge gehabt; auch die Birnen haben meistens die Blüte hinter sich. Eben haben die Apfelbäume ihre Blüten entfaltet, und selbst die späten Sorten wagen sich schon hervor. Dauert die günstige Witterung noch acht Tage an, so haben wir einen glücklichen Verlauf der gesamten Obsternte zu erwarten. Stellen sich dann später keine Zwischenfälle ein, so dürfen wir uns im Herbst einer reichen Obsternte erfreuen.

— **Montabaur, 28. April.** Der Kreistag beschloß einstimmig, ein Darlehen von 155 000 M. aufzunehmen beabsichtigt Ankauf von Aktien der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft.

**Nachbarstaaten u. -Provinzen.**

6. **Mainz, 29. April.** Der frühere Besitzer des Café-Restaurants zum „Kurfürst“, Walter Kofflerath, und dessen Frau wurden in Untersuchungshaft genommen. Die Inhaftierten hatten vor der Pfändung ihres Inventars große Mengen Silberfachen im Wert von mehreren tausend Mark beiseite geschafft. Das Silber wurde bei ihnen jetzt beschlagnahmt. — Seit einigen Tagen sind in den besseren Regengeschäften die Schweinefleisch- und Wurstpreise gegen den seitherigen Rabenpreis ermäßigt worden.

m. **Wingen, 28. April.** Im Alter von 54 Jahren ist heute hier der Kommerzienrat Georg Adolf Kade, Weinungsbesitzer und Fabrikant, gestorben. Seit Jahren stand er in der Öffentlichkeit, besonders im Dienst der Bestrebungen im Interesse des deutschen Weinbaus, und genöß als bedeutender Fachmann großes Ansehen.

**Sport und Luftfahrt.**

\* **Radsport.** Bei den fünf großen Straßenrennen, die in dieser Saison schon ausgetragen wurden, siegte, wie uns mitgeteilt wird, jedesmal „Continental“.

sr. **Lawn-Tennis.** Bei dem Internationalen Lawn-Tennis-Turnier zu Montreux gewann das Herren-Einzelspiel der bekannte australische Spieler Norman Brookes gegen G. Ranfel mit 6-2, 6-4, 6-0. Das Herren-Doppelspiel holte sich das australisch-österrreichische Paar Brookes-Graf Saltn mit 6-2, 6-1, 6-1 gegen die Gebrüder Ranfel. Im gemischten Doppelspiel triumphierte das australische Paar Brookes-Mrs. Cheney mit 6-3, 6-7, 6-2 gegen Graf Saltn-Mrs. Tripp.

\* **Das Schachturnier in Petersburg.** Gestern gewann im Anzug Marshall gegen Bernstein, im Nachzug Tarrasch gegen Niemzowitsch, Alabin gegen Rubinskein. Die Partie Blackburne-Janowski wurde in besserer Stellung für Schwarz, die Partie Capablanca-Lasker in etwa gleicher Stellung abgebrochen. Der Stand nach der fünften Runde — hiesfrei an je einem Tag waren bis jetzt Capablanca, Gunsberg, Janowski, Rubinskein, Tarrasch — ist: Alabin 4, Bernstein, Lasker (1), Tarrasch 3, Marshall 2 1/2, Capablanca (1), 2, Janowski (1), Niemzowitsch 1 1/2, Blackburne (1), Rubinskein 1, Gunsberg 1/2.

\* **Flugvorführungen in den Kolonien.** Das Berliner Kaufhaus Rudolf Herbig, das in Sozialmund eine Filiale besitzt, hat eine Expedition ausgerüstet, um in Südwestafrika, Südafrika und Deutschostafrika Flüge aller Art zu veranstalten. An der Spitze der Expedition steht Bruno Buchner.

**Neues aus aller Welt.**

**Eine Grubenkatastrophe in Nordamerika.**

260 Menschen eingeschlossen.  
**Bedien (Westvirginien), 28. April.** In einem Kohlenbergwerk in Eccles erfolgte eine Explosion. Es sollen 260 Bergleute eingeschlossen sein. — Eine weitere Meldung dazu besagt: Die Explosion ereignete sich, als eine volle Schicht von Bergleuten 600 Fuß unter Tag arbeitete. Einer Rettungsmannschaft, die sofort zusammengestellt wurde, gelang es, das Ende eines Schachtes zu erreichen. Sie bewachte zwei Bergleute, die starke Brandwunden erlitten hatten, an die Oberfläche, man glaubt aber, daß die Verletzten nicht am Leben bleiben werden. Eine zweite Rettungsmannschaft versucht heute einzufahren.

\* **Großfeuer in einer elektrotechnischen Fabrik.** Abend, 28. April. In der vergangenen Nacht ist die elektrotechnische Fabrik von R. Schorsch u. Co. A.-G. zum größten Teil niedergebrannt. Das Feuer entstand in der Wäscherei und verbreitete sich schnell auf die anstehende Dreherei. Der Schaden, der wahrscheinlich mehrere hunderttausend Mark beträgt, ist durch Versicherung gedeckt. Auch eine Anzahl Fernspreckleitungen ist durch das Feuer zerstört worden.

Die **Tragödie eines Hauptlehrers.** Burgfeldern (Oberamt Walmen), 28. April. Der hiesige Hauptlehrer Hauff hat in Reimold am Bodensee zuerst seine beiden Knaben im Alter von 5 und 12 Jahren und dann sich selbst erschossen. Eine **Wochenfeuerstunde in Genua.** Genua, 29. April. Eine furchtbare Feuerbrunst ist gestern im Hafen von Genua ausgebrochen. Der Schaden beläuft sich auf über 2 Millionen Lire. Die Docks stehen fast alle in Flammen. Das Feuer ist bis zum Abend noch nicht gelöscht worden. Der französische Kreuzer „Jeanne d'Arc“, der zufällig im Hafen von Genua

lag, und mehrere andere Dampfer fremder Nationalität leisteten der Gemischten Feuerwehre bei den Rettungsarbeiten wertvolle Dienste. Die Bevölkerung brachte den Rettungsmannschaften begeistert Ovationen dar.

Ein **Fabrikbrand.** Calais, 29. April. Die Spitzenfabrik Rouon brannte vollständig nieder. Der Materialschaden beträgt über 1 1/2 Millionen Franken. Über 100 Personen sind durch das Feuer betroffen worden.

127 Häuser eingeschmiedert. **Kairo, 29. April.** In dem Dorfe Raftet Kaleb Niar in Ägypten sind bei einer Feuerbrunst 127 Häuser eingeschmiedert worden. Drei Eingeborene kamen in den Flammen um. Vier trugen schwere Verletzungen davon.

Ein **Kanadadampfer auf Grund geraten.** Quebec, 28. April. Der Dampfer „Pontfort“ aus Antwerpen ist mit 155 Passagieren bei Quebec im Rebel auf Grund geraten. Man erwartet, daß der Dampfer heute nacht wieder flott werden wird.

**Standard Oil Tanks in Brand.** Hongkong, 28. April. Die Tanks der Standard Oil Company in Kaititok Kowloon gerieten in Brand. Man schätzt den voraussichtlichen Verlust an Öl auf 1 400 000 Gallonen.

Der **Vernichtung eines englischen Dampfers durch chinesische Seeräuber.** Hongkong, 28. April. Zwei Torpedoboote mit Vertretern der Behörden sind nach dem Schoupiat abgegangen, an dem der englische Dampfer „Taiou“ von Seeräubern angegriffen und verbrannt wurde.

**Die Frage der auswärtigen Politik in der Budgetkommission.**

(Mittwochsjitzung.)

5. **Berlin, 29. April.** (Fig. Drahtbericht) Die Budgetkommission setzte heute ihre Beratungen über die auswärtige Politik fort. Ein Sozialdemokrat erklärte, daß auch seine Partei die wirtschaftliche Erziehung und Hebung von Kleinasien für erwünscht halte. Eine Zerstückelung, die Rußlands Einfluß stärke, könne er nicht gut heißen. Die Freundschaft mit England bedürfe noch vermehrter Pflege und Förderung. Ein Fortschrittler begrüßt die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, glaubt aber, daß man sich in Deutschland nicht viel von den Verhandlungen versprechen dürfe. Wenn die portugiesischen Kolonien aus dem Spiele blieben — und das müsse man ja annehmen — dann blieben nur Verhandlungen über Kleinasien und über Grenzregulierung usw. übrig. Die Verringerung der Beziehungen zu England beruhe zu einem guten Teil auf dem Vertrauen, das man in England dem jetzigen Kanzler entgegenbringe. Von der Sozialdemokratie wurde ein Antrag eingebracht, der die Regierung um eine Statistik über die Ausweisung von Ausländern aus Deutschland seit dem Jahre 1900 ersucht. Ein anderer Fortschrittler forderte schließlich noch, daß die Regierung bei der Vorbereitung der dritten Haager Friedenskonferenz in Verbindung mit dem Verbände für internationale Verständigung trete. — Ein Sozialdemokrat wandte sich gegen die Behandlung von Deutschen in russischen Gefängnissen, wie in dem Falle Holzmann. — Ein Nationalliberaler hielt die Einmischung in solche interne russische Verhältnisse für unmöglich. Im Falle Holzmann trifft das Auswärtige Amt keine Schuld; es hat sich zweifellos um ein politisches Verbrechen gehandelt. Holzmann wurde in die russische Gefängnis-Zerrenanstalt verbracht. Es hätte sich nur darum handeln können, seine Überführung in eine deutsche Zerrenanstalt zu erreichen. Dies konnte aber nur auf dem Gnadenwege geschehen, und das ist nicht erzielt worden. Die deutsch-englischen Verhandlungen sollte man möglichst bald zum Abschluß bringen, da die jetzige Unsicherheit eine schwere Schädigung für den Handel, namentlich mit Portugal, nach sich zieht, denn das Mißtrauen der Portugiesen wird andauernd aufgereizt. — Der Staatssekretär des Auswärtigen Amt v. Jagow erklärte, die Ausweisung durch deutsche Bundesregierungen gehöre nicht zu seiner Zuständigkeit, so lange nicht die fremden Regierungen Vorstellungen erheben. Ebensovienig könne er sich in das russische Gefängniswesen als solches einmischen. Die Darstellung des Falles Holzmann durch die Korredner sei richtig. — Der Berichterstatter Basser mann ersucht um Auskunft über die mexikanischen Wirren. Er fragte, inwiefern die Nachrichten zutreffen, daß die mexikanische Revolution im Zusammenhang mit Unternehmungen größerer Erdölgesellschaften stehe. Die **mexikanischen Wirren bringen den deutschen Interessen Verluste von Hunderten von Millionen Mark.**

Der Staatssekretär v. Jagow gab einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte des jetzigen Konfliktes. Die Haltung der deutschen Regierung ist während der ganzen Zeit der mexikanischen Wirren von dem Wunsche geleitet worden, daß im Interesse der in Mexiko tätigen Deutschen und ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen möglichst bald wieder Ruhe und Ordnung eintreten möge. Die deutsche Regierung hat da, wo es angezeigt war, vornehmlich vermittelnd gewirkt, sich jedoch mit Absicht auf den Schutz der deutschen Interessen beschränken müssen. Die Aktion der großen südamerikanischen Staaten hat Deutschland in Mexiko unterstützt, indem der Gesandte Auftrag erhielt, die Annahme der guten Dienste zu unterstützen. Der Erfolg dieser Aktion wird aber vielfach skeptisch beurteilt. Die Behauptung, daß Erdölinteressen ihre Hand im Spiele haben, hat auch der Staatssekretär in den Zeitungen gelesen, er vermochte sie aber nicht nachzuprüfen. Die deutsche Regierung würde sich bei der Wahrung der deutschen Interessen mit den anderen Mächten in Fühlung halten und, wie überall, so auch in Mexiko für den Grundfah der offenen Tür einreten.

**Letzte Drahtberichte.**

**Das Schicksal der Kolonialgerichtshofsvorlage.**

5. **Berlin, 29. April.** Das Schicksal der Vorlage über den Kolonialgerichtshof scheint doch noch nicht so ganz sicher festzustehen, wie es in der Presse in den letzten Tagen behauptet wurde. Nach unseren Informationen haben in der Tat zwischen den einzelnen Bundesregierungen vertrauliche Unterhandlungen über die Haltung stattgefunden, die man den Beschüssen der Reichstagsfraktionen gegenüber einnehmen soll. Ein Beschluß des Bundesrats ist aber noch nicht gefaßt. Man will vielmehr zunächst die Entscheidung des preussischen Staatsministeriums abwarten, das sich in diesen Tagen noch einmal mit der Frage beschäftigen soll, ob man wirklich die ganze Vorlage scheitern lassen will, wenn die Kommission auf ihrem Beschluß, den Sitz des Gerichtshofes konstant nach Berlin, wie die Regierung es will, nach Hamburg zu verlegen, beharrt. In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß es sich bei den jetzigen Zeitungs-



nachrichten nur um Schredschüsse und Versuchsb...

Ausdehnung der Landtagsverhandlungen bis über Pfingsten?

S. Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht) Wie wir hören, besteht die Absicht, die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses nicht schon in den letzten Tagen des Mai zu schließen...

Auch die Nationalliberalen für eine theologische Fakultät in Frankfurt.

S. Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht) Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag auf Errichtung einer theologischen Fakultät an der Universität Frankfurt unterstützt...

Die preussische Landesverwaltungsreform gescheitert? S. Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht) Der Entwurf zur Reform der Landesverwaltung, der zurzeit das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt und bekanntlich eine Änderung in den Kompetenzen der Landräte und Regierungspräsidenten bezweckt...

Die deutsch-türkischen Verhandlungen. S. Berlin, 29. April. Von ununterrichteter türkischer Seite verlautet, da der Finanzminister mit den Geschäften seines Ressorts stark in Anspruch genommen ist...

Das Befinden des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Semmler. S. Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht) Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Semmler, der seit vielen Monaten kranklich ist und in der letzten Zeit infolge dessen den Reichstagsverhandlungen fast durchweg fern blieb...

ben mußte, hat, wie wir hören, einen Rückfall seiner Krankheit erlitten, so daß man ernste Besorgnisse um seinen Zustand haben soll.

Der Wechsel in der Leitung der „Münchener Neuesten Nachrichten“.

München, 29. April. Zum Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist zum 1. Oktober der Chefredakteur des „Samb. Fr. Bl.“ Dr. Treßz bestimmt worden.

Sofonow über die Tripelente. S. Paris, 29. April. Der Petersburger Korrespondent des „Matin“ meldet, Sofonow habe ihm gegenüber folgende Erklärung abgegeben: Es ist tief bedauerlich, daß so unbegründete und unbillige Behauptungen über die Umgestaltung der Tripelente in einen Dreihund verbreitet werden konnten...

Die schwindende Macht Huertas. Washington, 29. April. In politischen Kreisen erwartet man, daß die südamerikanischen Staaten vorschlagen werden, Mexiko solle durch ein Komitee aller Parteien bis zur Wahl eines neuen Präsidenten regiert werden.

Die erfolgreiche Fahrt des „S. L. 2“. S. Bremen, 29. April. Heute früh 8 Uhr 50 Min. postierte ein Luftschiff, von Süden kommend, in nördlicher Richtung die Stadt.

S. Hamburg, 29. April. Das Luftschiff „S. L. 2“, das gestern abend in Rannheim aufgestiegen war, ist heute morgen 5 1/2 Uhr in Hamburg eingetroffen.

S. Hamburg, 29. April. Das Luftschiff „S. L. 2“ ist hier nicht gelandet, sondern um 7 1/2 Uhr wieder weitergefliegen.

S. Berlin, 29. April. Das Luftschiff „S. L. 2“ ist heute früh 9 Uhr 15 Min. über Berlin eingetroffen.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg. 29. April, 8 Uhr vormittags. 1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr stark, 8 = Sturm, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Table with weather data for various stations including Berlin, Hamburg, and Wiesbaden, showing wind direction, speed, and temperature.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with weather observations for Wiesbaden, including barometer, thermometer, and wind data for April 29th.

Wettervoraussage für Donnerstag, 30. April 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Meist heiter, trocken, warm, südliche Winde.

Wasserstand des Rheins am 29. April: Biebrich, Pegel: 2,21 m gegen 2,34 m am gestrigen Vormittag.

Advertisement for Hohenlohe Hafer-Flocken, featuring a large logo and text describing the product's benefits for health and digestion.

Handelsteil.

Berliner Börse.

S. Berlin, 29. April. (Eig. Drahtbericht) Die Annahme der südamerikanischen Vermögensumschüpfungsvorschläge und die Befestigung der Auslandsbörsen sowie die Beendigung des Ultimogeschäfts öffneten den Boden für einen Tendenzumschwung...

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 29. April. (Eig. Drahtbericht) Die Erholung, die gestern an der New Yorker und Berliner Börse eingetreten war, machte an der hiesigen Börse bei Eröffnung einen guten Eindruck.

Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, A.-G. in Wiesbaden.

Wiesbaden, 28. April. In der heutigen Generalversammlung, in welcher 32 Aktionäre 5.689 Mill. M. Aktienkapital vertraten, machte der Vorsitzende Geheimrat Prof. Dr. Lindes zunächst eine Änderung des Wortlauts des Geschäftsberichts bekannt...

Kuhn (Mannheim) von 5 auf 6 zu erhöhen, wurde von der Generalversammlung durch Zettelwahl mit 3615 gegen 2064 Stimmen abgelehnt.

Banken und Geldmarkt.

Disconto-Gesellschaft - A. Schaaffhausenscher Bankverein. Die Vorteile der Disconto-Gesellschaft aus der Fusion mit dem Schaaffhausenschen Bankverein erscheinen bei näherer Betrachtung noch weit größer, als man zunächst angenommen hatte...

Ein weiteres Telegramm meldet uns: S. Berlin, 29. April. Über die Durchführung der Übernahme der Berliner Niederlassung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins durch die Disconto-Gesellschaft hören wir, daß die Überführung des Bankvereins in die Räume der Disconto-Gesellschaft noch einige Monate dauern wird.

Disconto-Gesellschaft, Berlin, 28. April. Der Aufsichtsrat der Disconto-Gesellschaft hat die Genehmigung zur Errichtung einer Zweigniederlassung in Antwerpen...

teill. Zu Leitern dieser Niederlassung wurden bestellt unter Ernennung zu Direktoren der bisherige Leiter der Londoner Zweigniederlassung Robert Pierdmenges und Hans Stumpf.

Deutsche Bank. Für die neuen Aktien der Deutschen Bank im Betrage von 50 Mill. M. sowie für 18 Mill. M. Aktien der Essener Kredit-Anstalt ist der Antrag auf Zulassung zur Börsennotierung gestellt worden.

Ein Mißerfolg der türkischen Anleihe, Paris, 28. April. Dem Finanzblatt „Gote de la Bourse“ zufolge sei die Emission der türkischen Anleihe von einem Mißerfolg begleitet gewesen...

Berg- und Hüttenwesen. Zur Verbandsfrage in der Kohlen- und Eisenindustrie. Der Stahlwerksverband wird die Erklärung, die Generaldirektor Hablacher von den Rheinischen Stahlwerken in der letzten Zechenbesitzerversammlung des Kohliensyndikats in Sachen der Erneuerung der Eisenverbände abgab...

Thonwerk, Biebrich A.-G., Biebrich. Die Gesellschaft veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ ihre Bilanz per 31. Dez. 1913, die nur ein halbes Jahr umfaßt.

Eisenwerk Kraft in Stettin. In der gestrigen Generalversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 4,5 auf 22,5 Mill. M. genehmigt.

Marktreporte. O. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 29. April. Weizen, hiesiger und kurhessischer, 20,75 bis 21 M., Roggen, hiesiger, 16,50 bis 17 M., Gerste, Welterauer, 16,75 bis 17,50 M.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten. Errichtungszeit der Aktien: 10 bis 11 Uhr, in der städtischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.



Kursberichte vom 29. April 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Franc, and others.

Table with exchange rates for gold, silver, and other commodities.

Berliner Börse.

Main table for Berlin stock market, including sections for Bank-Aktien, Chemische Werke, Eisenbahnen, and various industrial stocks.

Table for Deutsche Kolonial-Ges. and other colonial-related stocks.

Table for Aktien v. Transp.-Anstalten and other transportation-related stocks.

Table for Pr.-Obligat. v. Transp.-Anst. and other bond-related stocks.

Table for various bonds and obligations, including diverse obligations and interest-bearing securities.

Frankfurter Börse.

Main table for Frankfurt stock market, including Staats-Papiere, Provinzial- u. Kommunal-Obligationen, and various bank stocks.

Table for Div. Industrie-Aktien and other industrial stocks.

Table for Aktien v. Transp.-Anstalten and other transportation-related stocks.

Table for Pr.-Obligat. v. Transp.-Anst. and other bond-related stocks.

Table for various bonds and obligations, including uninterest-bearing securities and gold/silver certificates.

Londoner Börse.

Table for London stock market, including Americanische Bahnen, Fonda, and various international securities.

Sämtliche Notierungen bedeuten die Mitte zwischen Geld- und Brief-Kursen